



Niederschrift über die Verhandlungen des  
Gemeinderates

vom 24. Januar 1985

~~Nicht~~ - Öffentlich

Stimmzahl:

anwesender:

Mitglieder - Abwesend:

beauftragte:

OBM. Dr. Weinmann

StR. Bauer und Schwarz entschuldigt

Erster BM. Giebler, BM. Casse,  
BM. Friese und BM. Bauer

- 8 -

Raketenstationierung in Heilbronn (Anträge der SPD-  
Gemeinderatsfraktion und des Stadtrates der Grünen  
vom 18.10.84/14.01.85)

Auf die Niederschriften über die Verhandlungen des Verwaltungsausschusses vom 14. Januar 1985 -2 nÖ.- sowie des Gemeinderates -2 Ö.- vom heutigen Tage wird verwiesen.

Den Mitgliedern des Gemeinderates ist der Bericht des Rechtsamtes und des Amtes für öffentliche Ordnung und Umwelt vom 8. November 1984 als Gemeinderatsdrucksache Nr. 436 zugegangen.

Die Drucksache Nr. 436 ist als Anlage 1 angeschlossen.

Außerdem erhielten die Mitglieder des Gemeinderates den Bericht des Rechtsamtes und des Amtes für öffentliche Ordnung und Umwelt vom 17. Januar 1985 mit dem Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion als Gemeinderatsdrucksache Nr. 44.

Die Drucksache Nr. 44 ist als Anlage 2 angeschlossen.

OBM. Dr. Weinmann verweist auf die zugegangenen Unterlagen.

Frau StR. Fuchs: Wenn man die modifizierten Anträge der SPD betrachtet, kann man mit Erleichterung feststellen, daß die SPD erkannt hat, wie widersinnig ihre Anträge vom 18. Oktober 1984 waren. Nicht nur, daß sie eindeutigen, gesetzlichen Bestimmungen widersprochen haben - der nun vorliegende Antrag beseitigt diesen Widerspruch -, sondern auch im Hinblick auf den tragischen Zwischenfall vom 11. Januar.

Was Ziffer 1 des Antrages, die eine Aussage zum Status quo zum Inhalt hat, betrifft, ist jedoch vorab festzustellen, daß die geänderte Fassung den ursprünglichen Antrag vom Oktober 1984 in sich aufhebt. Die Ausführungen von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, die Sie eingangs der Sitzung gemacht haben, haben dies bereits zum Ausdruck gebracht.

- 1 -

Der Hinweis, daß Hilfsdienste abzulehnen sind, soweit die Stadt hierzu nicht gesetzlich verpflichtet ist, läßt substantiell vom Antrag gar nichts mehr übrig.

Aber auch in dieser Fassung kann, unter Zugrundelegung des Status quo, kein vernünftiger Mensch eine Zustimmung erwarten. Uns allen ist bekannt, daß Weiterungen aus dem tragischen Zwischenfall vom 11. Januar 1985 nur dadurch nicht entstanden sind, daß die Feuerwehr innerhalb kürzester Zeit vor Ort den Brand erfolgreich gelöscht hat. An dieser Stelle gilt unser ganz besonderer Dank dem Chef unserer Feuerwehr, Herrn Würker, und seinen Leuten sowie allen, die hilfreich zur Seite standen.

Gerade dieser Umstand muß selbst Ihnen von der SPD die Augen geöffnet habe, wie widersinnig Ihr ursprünglicher Antrag war, denn - und dies ist doch die logische Konsequenz - es kann dem Schutz und somit dem Interesse der Bevölkerung nur dienlich sein, wenn bei etwaigen Zwischenfällen umgehend Hilfsdienste durch die hierfür zuständigen städtischen Organe geleistet werden. Folgerichtig in Blickrichtung Sicherheit der Bevölkerung wäre demzufolge ein Antrag, wiederum den Status quo vorausgesetzt, diese städtischen Sicherheitsorgane gemeinsam mit den Nato-Partnern für Notfälle zu schulen, zumindest so lange wie auf der Waldheide Waffen stationiert sind. Das ist doch eines der wesentlichen Erkenntnisse aus dem Zwischenfall des 11. Januar. Aber eine ebenso entscheidende Erkenntnis besteht darin, daß wir darauf drängen müssen, daß die Bündnispartner die Sicherheitsvorkehrungen auf ein Höchstmaß aller technischen und personellen Möglichkeiten bringen. Gerade hier können die deutschen Fachbehörden nicht nur unterstützend, sondern sicher auch prüfend zur Seite stehen, damit durch deren Fachwissen die Sicherheit der Bevölkerung optimal gewährleistet ist. Das sind Maßnahmen, die aufgrund des Status quo im Interesse unserer Bürger liegen. Wenn die SPD mit ihrem, wie zuvor ausgeführt, in sich widersinnigen Antrag glaubt, den Stationierungsstandort gewissermaßen aushungern zu können, wenn keine entsprechende Unterstützung durch deutsche Behörden erfolgt, so kann dieser Gedankengang nur als naiv bezeichnet werden. Ist die SPD ernsthaft der Meinung, daß die Nato deshalb ihre Verteidigungsstrategie ändert und ihre Stationierungsorte verlagert? Nein, hier müssen andere Überlegungen sorte greifen, zu denen ich später noch Stellung nehmen werde.

Wir meinen, daß die Bevölkerung durch diesen Zwischenfall nicht leichtfertig verunsichert werden darf, indem man so tut, als ob eine atomare Bedrohung um Haaresbreite abgewendet wurde. Lassen Sie mich hierzu grundsätzlich folgendes sagen, und ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Vorsitzenden einen Artikel aus "Der Welt" vom 14. Januar 1985,

der unseres Erachtens den Zwischenfall treffend analysiert: "Grund für eine abermalige öffentliche Debatte über den Sinn der Stationierung dieser ballistischen Nuklearwaffen in der Bundesrepublik bietet der Vorfall nicht. Die Sache gehört in die Kategorie 'Untersuchung der Unglücksursache und Verbesserung der Sicherheitsbestimmungen beim übungsweisen Umgang der Bedienungsmannschaften mit den technischen Gerätschaften'. Denn eines müssen sich auch die schärfsten Kritiker der Natosicherheitspolitik vor Augen halten: zur Waffe wird die Rakete erst dann, wenn sie mit einem atomaren Gefechtskopf bewehrt wird. Das geschieht unter Übungsbedingungen niemals."

Damit bin ich bereits bei Ziffer 2 Ihres Antrages.

Sie wollen mit Ziffer 2 Ihres Antrages die Bevölkerung glauben machen, die Natopartner würden bei Raketenübungen mit Atomwaffen durch die Lande fahren. Auch dies gehört zu der - wie wir meinen - unredlichen Taktik, Angst zu schüren. Sie wissen sehr wohl, daß bei Raketenübungen lediglich Übungsteile ohne atomare Bestückung verwendet werden und demzufolge die von Ihnen an die Wand gemalte Atomkatastrophe gar nicht eintreten kann. Sie wissen aber ebenso, daß die von den Bündnispartnern durchgeführten Übungen notwendig sind, weil die Verteidigungsstrategie dies erforderlich macht. Gerade bei Nichtabhaltung solcher Übungen würde der Stationierungsort Waldheide ein für alle Male zementiert werden.

Aufgrund der, wie wir meinen, überzeugenden Ausführungen des Oberbürgermeisters zu den Sicherheitsmaßnahmen stellt die CDU-Fraktion zu Ziffer II. 2 der Gemeinderatsdrucksache Nr. 44 folgenden modifizierten Antrag:

"Die Verwaltung wird beauftragt, die Bündnispartner aufzufordern, bis zur endgültigen Klärung der Unfallursache vom 11. Januar 1985 sämtliche Raketenübungen und Raketentransporte auf unserem Gebiet einzustellen."

Was wir befürworten und mittragen können, ist der Auftrag an die Verwaltung, mit den Bündnispartnern Verbindung mit dem Ziel aufzunehmen, keine für die Bevölkerung gefährlichen Transporte unmittelbar über das Stadtgebiet vorzunehmen, selbst wenn hierfür neue Zufahrtswege geschaffen werden müßten, die sich abseits der Wohngebiete befinden. Dies ist insbesondere dann notwendig, wenn der Status quo, sprich die Stationierung auf der Waldheide, nicht geändert werden kann.

Zu Ziffer 3 des Antrages der SPD-Fraktion möchte ich sagen, daß Sie unsere grundsätzliche Haltung zum Natodoppelbeschluß kennen. An dieser Haltung kann sich auch durch den Unglücksfall nichts ändern. Wir befürworten nach wie vor die von der SPD/FDP getragene und auch mit den Stimmen

der CDU beschlossene Verteidigungsstrategie, die in diesen Tagen sichtbar den Erfolg hat, daß die beiden Großmächte ernsthaft über eine Abrüstung verhandeln. Wir können auch nach wie vor, schon aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen nicht mitziehen, wenn der Versuch unternommen wird, eine Stationierung über den Weg der Kommunen zu verhindern. Wir müssen den ernsthaften Versuch unternehmen, den Vollzug des Natodoppelbeschlusses für die zivile Bevölkerung so schonend wie möglich ausführen zu lassen. Sicherlich hat der Zwischenfall vom 11. Januar hier zu neuen Denkanstößen geführt. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Raketenübungen und auf entsprechende Raketentransporte. Unsere Überlegungen zum Status quo haben wir bereits hinsichtlich der Ziffer 2 des zur Debatte stehenden Antrags ausgeführt.

Wir sind aber auch bereit, eine weitergehende Forderung mitzutragen, die dahingehend lautet, daß die zuständigen Stellen, sprich Land, Bund und Bündnispartner, mit Nachdruck zu einer Überprüfung der Standorte aufgefordert werden, um aufgrund der zuvor genannten Zusammenhänge mit einer Stationierung zu erreichen, daß Stationierungsorte grundsätzlich aus Ballungsgebieten mit dichter Wohnbevölkerung entfernt werden. Ein Antrag mit dieser grundsätzlichen Aussage wird auch von der CDU befürwortet werden.

StR. Nie th a m m e r : Nach den ersten 9/10 Ihrer Ausführungen Frau StR. Fuchs, wollte ich bemerken, daß Sie ein engagiertes Plädoyer für den Raketenstandort Waldheide gehalten haben. Zum Schluß haben Sie dann aber doch noch das eingeräumt, was im Grunde genommen einzig und allein unser hier im Gemeinderat vorgetragenes Anliegen seit Jahren ist, nämlich, daß die Raketen in Heilbronn, insbesondere in diesem Ballungszentrum, keine Berechtigung haben und hier nicht stehen dürfen. Sie sind zu dieser sicher bemerkenswerten Erkenntnis aufgrund eines Ereignisses gekommen, das wir zwar befürchtet haben, aber uns niemals in dieser Schnelligkeit vorgestellt hätten. Es hätte sicher allen in den letzten Monaten geholfen, wenn diese Erkenntnis schon früher bei Ihnen vorhanden gewesen wäre.

Die Tatsache, daß wir heute überhaupt über dieses Thema diskutieren, ist nicht mit dem Unfall vom 11. Januar zu begründen, sondern hat einen ganz anderen Hintergrund. Im Spätsommer ist in Heilbronn heimlich mit der Stationierung der Pershing-II-Raketen begonnen worden. Außerdem sahen sich im Oktober im westlichen Stadtgebiet plötzlich Spaziergänger am Weitergehen behindert, weil ihnen erklärt wurde, hier befinde sich militärisches Sperrgebiet und dort sei gerade eine Rakete aufgestellt worden. Das war für die SPD-Fraktion und den damaligen StR. der GRÜNEN der Grund, die Anträge vom 18. Oktober 1984, die ich nochmals zitieren möchte, einzubringen.

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen ihrer Zuständigkeit alles zu unterlassen, was der Aufrechterhaltung der Atomraketenstationierung auf dem Gebiet der Stadt dient, insbesondere alle Hilfsdienste von städtischen Ämtern und Einrichtungen (Feuerwehr u.ä.) abzulehnen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, alles zu unternehmen, um Raketenübungen der US-Streitkräfte im Stadtgebiet, außerhalb des ausgewiesenen Militärgeländes, zu verhindern."

Wir dachten bei Ziffer 2 unseres Antrages gerade an die Ereignisse im westlichen Stadtgebiet. Wir wollten nicht, daß wir außer der Waldheide, die wir ja nicht verhindern konnten, wechselweise weitere Raketenstandorte in Heilbronn bekommen.

Frau Fuchs, Sie haben gemeint, in unseren Anträgen Widersinn erkennen zu können. Wir waren darüber eigentlich deshalb überrascht, weil wir glaubten, daß wir den von Ihnen hier festgestellten Widerspruch bereits im Verwaltungsausschuß hätten ausräumen können. Wir haben ausdrücklich formuliert: "Im Rahmen ihrer Zuständigkeit."

Wir haben noch keinen Antrag gestellt, bei dem wir ausdrücklich die Verwaltung aufgefordert haben, irgendeinen Rechtsbruch zu begehen. Das können Sie uns nicht nachweisen. Wir haben selbstverständlich nur die Hilfsdienste gemeint, zu denen die Stadt gesetzlich nicht verpflichtet ist und die sie gewissermaßen freiwillig oder im Zuge der Aufrechterhaltung eines guten Verhältnisses zu den amerikanischen Streitkräften unternimmt. Die SPD-Fraktion ist der Meinung, daß wir zu allem, wozu wir nicht gezwungen sind und was der Aufrechterhaltung dieser Raketenstationierung dient, die Hand nicht reichen dürfen. Denn das kostet Geld. Man kann den Bürgern nicht zumuten, daß wir auch noch Steuergelder dafür aufwenden, damit diese Einrichtungen in Heilbronn aufrechterhalten werden, die im Grunde genommen eine außerordentliche Gefährdung, wie wir jetzt gesehen haben, darstellen. Das war der Hintergrund und das haben wir auch klargestellt. Es ist kein Widersinn vorhanden.

Sie können im einzelnen gar nicht feststellen, welche Verwaltungshandlungen nun tatsächlich gesetzlich vorgeschrieben sind und welche freiwillig gegeben werden. Selbstverständlich hat von uns kein Mensch daran gedacht, daß etwa wenn dort oben ein Unglück passiert oder ein Feuer ausbricht, die Feuerwehr nicht ausrücken soll. Es ist aber etwas ganz anderes, wenn die Amerikaner sich grundsätzlich darauf verlassen können, daß sie selbst überhaupt keine Vorkehrungen für den Feuerschutz und den Katastrophen-

schutz einrichten müssen, weil es ja die Heilbronner Feuerwehr gibt. Der Herr Oberbürgermeister hat es gerade sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er dem amerikanischen General gesagt hat, daß die Amerikaner dies künftig in eigener Regie zu tun hätten. Das ist genau die Essenz unseres Antrages. Wir freuen uns, Herr Oberbürgermeister, daß diese Reaktion von Ihnen gegenüber den Amerikanern gekommen ist. Damit ist unserem Antrag in einem wichtigen Punkt entsprochen.

Es gibt aber sicher auch noch andere Bereiche, bei denen wir der Meinung sind, daß man die Stadt Heilbronn nicht oder nur aufgrund einer gesetzlichen Grundlage zwingen kann, etwas zu tun. Man kann sie aber nicht moralisch verpflichten etwas zu tun, was der Aufrechterhaltung dieser Stationierung dient.

Ich glaube, wir sind unseren Bürgern schuldig, daß die Verwaltung beauftragt wird, alles zu unternehmen, um Raketenübungen zu verhindern. Wir haben auch hier eine Präzisierung in unseren Zusatzanträgen vorgenommen. Sie lautet, daß die Verwaltung jedes Mal, wenn sie erfährt, daß eine solche Übung stattfindet oder stattgefunden hat, den zuständigen Stellen sagt, daß dies aus unserem kommunalen Interesse heraus unerwünscht ist und daß Verhandlungen aufgenommen werden sollen mit dem Ziel, zumindest die Jägerhaussteige von Raketenstarts zu verschonen. Wir wissen, wie oft dort ein amerikanisches Fahrzeug im Straßengraben gelegen hat. Das ist eine Selbstverständlichkeit, die auch vom Herrn Oberbürgermeister in seine Erklärung aufgenommen wurde. Wir rennen hier offenbar offene Türen ein. Ich meine auch, es ist notwendig, und das ist ein Teil unseres Zusatzantrages, daß die Bevölkerung der Stadt Heilbronn am Ende jeden Jahres weiß, was wir hier auf Mark und Pfennig für Hilfsdienste zugunsten dieser Atombasis auf der Waldheide und zu Lasten der Bürger und des städtischen Haushaltes aufwenden müssen.

Daß die Raketen eine enorme Gefährdung unserer Bevölkerung darstellen, ist den Letzten wohl am 11. Januar klargeworden, sofern man nicht die ganze Angelegenheit in unverantwortlicher Weise herunterspielen möchte, wie es sofort und ohne, daß Sie ausreichend informiert sein konnten, unser Bundesverteidigungsminister und sein Staatssekretär getan haben. Auch Staatssekretär Ruder in Stuttgart hat genau gewußt, daß das alles ganz ungefährlich war. Ich möchte wissen, woher. Auch Frau Fuchs weiß, daß die ganze Geschichte im Grunde genommen relativ harmlos war, weil keine Atomwaffen im Spiel waren. Ich erinnere mich noch sehr gut an den Wortlaut der Presseerklärung des General Haddock, der nicht gesagt hat, daß dort überhaupt keine Atomwaffen in der Nähe waren. Er hat nur gesagt, daß Atomwaffen nicht in diesen Unfall verwickelt gewesen seien.

Das ist etwas ganz anderes. Was glauben Sie, welchen Sinn Abschreckungen haben sollen, wenn auf der Waldheide Raketen ohne Sprengköpfe in einer Schnellstartstellung stehen? Wenn wirklich ein Schnellstart erfolgen soll, glauben Sie doch sicher nicht, daß diese erst hierher transportiert werden. Natürlich sind die in der Bereitschaft befindlichen Raketen mit solchen Sprengköpfen bestückt. Es mag sein, daß mit diesen Raketen keine Übungen mehr stattfinden. Wir haben aber gehört, daß keineswegs eine Übung an der ausgebrannten Rakete zum Unfall geführt hat, sondern etwas, das man sich heute noch gar nicht erklären kann. Das kann doch genauso an einer Rakete passieren, die auf der Betonpiste steht und darauf wartet, daß sie abgeschossen wird. Wir können das doch gar nicht ausschließen. Auch die Amerikaner haben das bisher noch nicht ausgeschlossen. Gerade die amerikanische Presse hat am deutlichsten auf die Gefahr einer möglichen Miteinbeziehung von Nuklearsprengköpfen bei einem solchen Unfall hingewiesen. Wir Deutschen und die Presse, die besonders begeistert bei der Nachrüstung mitgezogen hat, haben alles heruntergespielt. Die FAZ hat einen Artikel von etwa 5 cm Länge gebracht, in dem es geheißen hat, daß es sich um einen Brand von Raketentreibstoff gehandelt hat, und man dies um Gottes willen nicht hochspielen soll.

Das ist also der Unterschied zwischen der Beurteilung von Amerikanern und der deutschen Presse, die vor lauter Engagement für die Nachrüstung die objektive Gefährlichkeit des Unfalles überhaupt nicht mehr klar zu sehen im Stande ist. Daß es, aus dem Interesse der Stadt Heilbronn heraus, nur noch eine Forderung geben kann, nämlich die Raketen ohne Wenn und Aber, mit oder ohne Untersuchungsergebnis, zu beseitigen, sollte am heutigen Tage selbstverständlich sein. Nicht nur im Spiegel oder in der Stuttgarter Zeitung, sondern auch in der amerikanischen Presse hat man lesen können, daß das ganze Pershing-System im Grunde genommen unter einem Unglücksstern stand. Von 19 Versuchen, die mit diesem System unternommen worden sind, sind 11 fehlgeschlagen oder waren fehlerhaft. Mit diesem mangelhaften, um nicht zu sagen "liederlichen" System hantieren in Heilbronn Bedienungsmannschaften herum, die bisher noch nicht damit zu tun hatten. Die Teile werden hier ausgepackt und fangen an zu brennen. Die Leute wissen gar nicht, wie sie auf einen solchen Unfall reagieren sollen. Von der Feuerwehr hat man erfahren, daß die Amerikaner herumgelaufen sind, wie verscheuchte Hühner. Es waren Leute, die anscheinend vorher niemals eine Pershing II gesehen haben, geschweige denn in der Lage waren, mit ihnen wirklich zu üben.

Wenn Sie das Maß an Sorgfalt, das die amerikanische Armee ihren Kraftfahrzeugen angedeihen läßt, übertragen auf das Maß an Sorgfalt, das sie möglicherweise beim Umgang von solchen Systemen an den Tag legt, kann ich nur sagen "gute Nacht"! Was die Wartung der Fahrzeuge angeht, ist es nicht zum Besten bestellt. Ich habe lange genug an der Einsteinstraße gewohnt und habe in regelmäßigen Abständen sehen können, mit welchen Schrottfahrzeugen die Amerikaner herumfahren.

Es ist eine schlichte Wahrscheinlichkeitsrechnung, daß, bei der Vielzahl der Unfälle und Fehlschläge in diesem System, der nächste Unfall kommen wird und kommen muß. Wir haben erst 9 solcher Systeme in Heilbronn, 36 sollen nach Heilbronn kommen. Es ist eine schlichte Wahrscheinlichkeitsrechnung, daß es demnächst zu einem entsprechenden, vielleicht kleineren, vielleicht größeren, Unfall kommen kann.

Kein Mensch in diesem Saal kann ehrlicherweise sagen, daß kein nukleares Material in einen solchen Unfall verwickelt werden könnte. Gerade, und das ist das Bedenkliche, weil bis heute überhaupt nicht feststeht, woran es gelegen hat, daß diese Rakete gebrannt hat. Die Amerikaner sagen, die Rakete wurde ordnungsgemäß behandelt. Trotzdem ist sie losgegangen. Daß es nur ein Raketenteil abseits der Schnellstartstellungen war, ist ein reiner Zufall. Wer will denn ausschließen, daß nicht dasselbe mit einer Rakete passieren kann, die bereits hier in diesen Feuerstellungen steht? Man kann sich die Möglichkeiten, die hier passieren können, leicht ausmalen. Auch wenn eine solche Rakete durch die Luft fliegt und irgendwo herunterfällt, das muß nicht in Heilbronn sein, ist es schlimm genug. Am aller schlimmsten wäre es natürlich, wenn sie überhaupt losfliegen würde. Ob dann von den gegnerischen Radarschirmen festgestellt wird, ob sie mit oder ohne Sprengkopf ankommt, bringt nicht mehr viel. Dann ist die Sache schon im Laufen und kein Mensch kann sie mehr aufhalten.

Für den Gemeinderat gibt es nach unserer Überzeugung überhaupt nur eine Konsequenz, nämlich daß die Raketen weg müssen, und zwar unverzüglich und weit weg. Deshalb sind wir der Meinung, daß nicht nur die Stadt Heilbronn betroffen ist, und daß nicht nur wir als Heilbronner Gemeinderat gegen diese Stellung auf der Waldheide votieren müssen. Es ist eine Betroffenheit, zumindest sämtlicher angrenzender Gemeinden vorhanden. Wir begrüßen es deshalb ausdrücklich, daß der Neckarsulmer Oberbürgermeister die Initiative ergriffen hat, bei seinen Bürgermeister-Kollegen im Heilbronner Raum gemeinsam die Forderung zu stellen, daß die Raketen aus Ballungszentren verschwinden. Das war schon der Kern unserer Aussage im Juli. Wir wollten hier keine Nach-

rüstungsdebatte führen, sondern wir wollten nur den kleinsten Nenner einer möglichen gemeinsamen Übereinkunft im Gemeinderat ansprechen, nämlich die Forderung, daß die Systeme nicht in einem Ballungszentrum wie Heilbronn aufgestellt werden.

Herr Oberbürgermeister, wir hätten uns auch gewünscht, daß Sie von Anfang an entschiedener reagieren, obwohl Ihre Erklärung zu Anfang einiges von dem aufgenommen hat, was wir uns gewünscht hätten. Wir warten nun zwar auf das Ergebnis, aber wir sind davon überzeugt, daß die Stadt Heilbronn und Sie niemals das wahre Ausmaß der Gefährdung erfahren werden. Je gefährlicher die Sache gewesen sein wird, desto mehr wird sie mit Sicherheit sowohl Ihnen als auch der Öffentlichkeit gegenüber heruntergespielt. Das ist eine Tatsache, die man aus vielen Ereignissen dieser Art feststellen kann. Wenn es wirklich so gefährlich gewesen wäre - was anzunehmen ist - wie die Sendung "Monitor" dargestellt hat oder wie im "Spiegel" zu lesen war, würde tatsächlich die ganze Stationierung in der BRD in Frage gestellt. Wir wissen alle, daß sich die Amerikaner das politisch nicht leisten können. Wir werden deshalb mit Sicherheit das wahre Ausmaß der Gefährdung niemals erfahren. Es nützt deswegen im Grunde genommen auch gar nichts, wenn wir auf die Information warten und dann erst reagieren. Wir müssen jetzt reagieren und schon jetzt die Forderung stellen, daß die Raketen dort oben beseitigt werden. Wir möchten auch jetzt schon einbringen, daß, wenn Sie weitere Informationen haben, dann der klassische Fall für eine Bürgerversammlung gegeben ist, um die Information den Bürgern der Stadt Heilbronn darzulegen. Die SPD-Fraktion stellt deshalb den Antrag, daß Sie, Herr Oberbürgermeister, eine solche Bürgerversammlung einberufen. Wir brauchen heute noch nicht über diesen Antrag abstimmen. Wenn Sie eine solche Zusage machen, wird der Gemeinderat formell gar nicht mehr darüber abstimmen müssen. Diese Dinge bewegen, beschäftigen und ängstigen tatsächlich die Bürger der Stadt Heilbronn, ganz gleich welche Haltung sie zur Rüstungsfrage einnehmen.

Über diese Fragen muß in einer solchen Versammlung Klarheit geschaffen werden, auch über die Haltung der Verwaltung und was sie zum Schutz der Bevölkerung in Heilbronn zu tun bereit ist. Die Bürger hier haben Angst, davon können Sie sich überzeugen, wenn Sie auf die Straße gehen und die Leute fragen. Es ist völlig gleich welchen Standpunkt der einzelne einnimmt.

Eine letzte Begründung ist, darauf haben wir auch in unserem Antrag im Juli bereits hingewiesen, daß die Stationierung dieser Waffen in Heilbronn dem Image der Stadt gewaltigen Abtrag tut. Damals wurde dies von den Gegnern des

Antrags weit abgewiesen. Sie haben das auch heute in einem kurzen guten Kommentar der Heilbronner Stimme lesen können. Heilbronn in einem solchen Zusammenhang im Munde der Bevölkerung der gesamten BRD, schafft keinen Anreiz für diese Stadt. Das ist kein positives Standortimage. Wir müssen ernsthaft befürchten und Sie wissen, daß das Standortimage heute für Industrie- und Gewerbeansiedlung von außerordentlicher Bedeutung ist, daß ein solches negatives Image Schaden für Heilbronn mit sich bringt. Schon allein aus diesem Grunde müssen wir vorbehaltlos und ohne nun irgendwelche Ergebnisse dieser Untersuchungen abzuwarten die Forderung stellen, daß diese Basis auf der Waldheide beseitigt werden muß. Ich möchte hier jede rüstungspolitische Auseinandersetzung vermeiden und möchte keinerlei Schuldzuweisung unternehmen, wer nun für oder gegen die Nachrüstung gewesen ist. Ich möchte Sie wirklich alle bitten, aus Ihrer kommunalen Verantwortung heraus zu entscheiden. Entscheiden Sie als Heilbronner für Heilbronn und gegen die in Heilbronn stationierten Raketen. Stimmen Sie deshalb unseren Anträgen zu.

StR. Theilacker: Das Fazit meiner Ausführungen deckt sich vollkommen mit dem, was Herr Niethammer gerade ausgeführt hat. Anlaß unseres gemeinsamen Antrages von 1984 war tatsächlich die Stationierung und die mobile Abschußübung der Rakete im Frankenbacher Wäldchen. Niemand wußte offiziell, ob sie schon da sind oder nicht. Gleichzeitig wurde behauptet, daß die Raketen nicht durch unser Stadtgebiet gefahren werden. Es bleibt die Frage, ob sie durch die Luft hier eingeflogen wurden und direkt über Frankenbach gelandet sind. Kein Frankenbacher hat es beobachtet.

Zum Antrag möchte ich sagen, daß die Fraktion der Grünen sich den Änderungen, die die SPD-Fraktion eingebracht hat anschließt. Zum anderen beantragen wir zusätzlich:

"Der Oberbürgermeister führt baldmöglichst zusammen mit Vertretern der Gemeinderatsfraktionen Gespräche mit den in Betracht kommenden deutschen und amerikanischen Stellen über Fragen und Probleme, die in Zusammenhang mit dem Pershing-II-Unfall auf der Waldheide vom 11. Januar 1985 aufgetreten sind."

Wir beantragen dieses persönliche Gespräch, weil uns die Lage weitaus dringlicher scheint als sie damals Herrn OBM. Meyle erscheinen mußte, als die Drohung im Raum stand, daß der gesamte östliche Stadtwald von den Amerikanern beschlagnahmt wird. Er ist daraufhin sofort zum Bundespräsidenten Heuss gefahren und hat ihm die Sorgen seiner Stadt mitgeteilt. Er hat als Erfolg verbuchen können, daß wir

"nur" die Waldheide im östlichen Stadtwald und den Schießplatz haben und daß nicht der gesamte Wald beschlagnahmt wurde. Ich meine, daß dieses persönliche, nachdrückliche Gespräch in dieser existenziellen Bedrohung, in der wir meiner Ansicht nach leben, dringend geboten ist. Das existentielle Wohl unserer Bevölkerung, es gibt nichts, was einen höheren Rang einnehmen könnte, rechtfertigt eine Reise nach Bonn, nach Schwäbisch Gmünd oder wo auch immer die Verantwortlichen sein mögen.

Der jüngste spektakuläre Unfall hat betroffen gemacht, in Heilbronn und in der internationalen Presse. Es handelt sich um einen neuartigen, bis dahin unvorstellbaren Unfall. Es ist nicht nur ein Unfall beim Transport passiert, sondern die 1. Stufe der Rakete mit dem gesamten Treibstoff, der zwei Minuten lang währt und die Raketen bis in den Weltraum schießt, bis dann die 2. Stufe den Antrieb übernimmt, ist auf der Waldheide ausgebrannt. Was würde denn passieren, wenn z.B. ein Flugzeug auf eine Rakete, es sind nicht nur 9, sondern schon ungefähr 18 Raketen beobachtet worden, fallen würde?. Herr Oberbürgermeister, Sie haben dankenswerterweise reagiert und auch Ihre Sorge zu Anfang dieser Gemeinderatssitzung zum Ausdruck gebracht. Wir sind nicht nur gefährdet, wenn ein Flugzeug auf eine dieser 18 Raketen stürzt und es zu einer Explosion der 1. und der 2. Stufe und des anschließenden Sprengkopfes kommen würde, sondern wir sind auch durch eine mögliche konventionelle Explosion gefährdet, die nicht einmal zum nuklearen Desaster - zu einem Hiroshima in Heilbronn - führen würde, sondern die vielleicht nur zur Folge haben könnte, daß Plutonium austritt. Es ist nicht erst seit der Sendung "Monitor" bekannt, daß diese Gefährdung möglich ist. Ich erinnere nur an die Flugzeug- oder Folgebrände, wenn sich aus dem Brand einer Rakete mehrere Raketen entzünden. In den Betonkästen stehen 9 dieser Raketen. Das ist fotografisch in vielfacher Weise festgehalten und diese Bilder sind in der nationalen und internationalen Presse zu sehen gewesen. Weitere 9 Raketen stehen ober- und unterirdisch auf der Waldheide. Das ganze unterirdische Areal der Waldheide ist der Öffentlichkeit noch gar nicht bekannt.

Frau Fuchs, Sie haben gesagt, daß die Übungen ohne Atomsprenkopf stattfinden. Das steht im Widerspruch zu der Erklärung eines Fachjournalisten in der englischen Zeitung "Observer". Dieser Journalist zitiert eine Informationsbroschüre der Soldaten, die mit diesem neuartigen Waffensystem betraut sind. Es heißt dort, daß eine der 4 Batterien in ständiger Alarmbereitschaft steht. Auf jeder Rakete befindet sich ein Nuklearsprengkopf.

Es heißt weiter, daß eine auch in ständiger Alarmbereitschaft stationär steht, das ist wohl die auf der Waldhei-

de. Es gibt Beobachter, die eine Zusammenstellung sämtlicher Abschußorte in und um Heilbronn gemacht haben. Danach sind mindestens drei zwischen der Waldheide und Donnbronn in den Wäldern versteckt, die von Heilbronner oder Landesbediensteten eingemessen sind, damit sie in den Zielcomputer eingegeben werden und eine entsprechende Zielfähigkeit besitzen.

Diese Abschußrampen gehen von Sinsheim bis nach Möckmühl, auch im Bonfelder Wald, bei Fürfeld und bei Siegelbach ist alles bedeckt von diesen mobilen Abschußorten. Das ist eine zweite Gefährdung, die in unserem Antrag ihren Niederschlag findet. Der Observer-Artikel sagt u.a. noch aus, daß auch die Möglichkeit der Sabotage nicht unbegründet ist. Es gibt eine russische Sabotagegruppe, die sich auf Nuklearwaffen spezialisiert hat, eine Kommandotruppe deren Ziel es ist, die amerikanischen Waffen in Europa zu zerstören bevor sie gebraucht werden können. Auch die Nato verfügt über sogenannte Sabotageabwehrtruppen. Daß diese natürlich auch sabotieren können, hat man beispielsweise bei Hafenerminungen im mittelamerikanischen Raum gesehen. Die größte Gefährdung ist meiner Ansicht nach nicht nur durch die maximale atomare Explosion, die im Zusammenspiel eines Absturzes erfolgen kann, sondern auch nur das Freierwerden von Plutonium von dem 2 bis 5 kg in jeder dieser Raketen enthalten ist. Es wäre äußerst interessant zu wissen, was dann passieren würde. Vielleicht können Sie auch die Frage bei Gelegenheit beantworten, was passiert wäre, wenn zufällig ein atomarer Sprengkopf in der Nähe gewesen wäre oder wenn eines dieser weitfliegenden Teil in heißem Zustand eine Kettenreaktion bei den anderen 9 schon stationär vorhandenen zusammengbauten Raketen ausgelöst hätte.

Eine Heilbronnerin hat mich gefragt, ob dann eigentlich die Sirenen aufheulen würden. Wäre es ein Probealarm? Wir stehen doch da wie der "Ochs vor dem Berg". Der Bevölkerung wäre nicht bekannt, was sie zu tun hätte.

Wir wissen durch diesen Unfall zum erstenmal offiziell von der Existenz dieser Raketen, weil ein amerikanischer General dummerweise bestätigt hat, daß nicht beispielsweise ein Kanister in Brand geraten ist, sondern daß es sich um eine Rakete handelte, die aus Schiffscontainern herausgenommen und zusammengebaut wurde.

Dem Antrag, den die SPD bezüglich einer Bürgerversammlung gestellt hat, möchten wir beitreten, weil in § 20 a der GemO steht, daß wichtige Angelegenheiten mit den Einwohnern erörtert werden sollen. Das "soll" drückt aus, daß es sich fast um eine Pflicht handelt. Diese Pflicht besteht seit ungefähr 10 Jahren. Eigentlich soll eine solche Versammlung einmal im Jahr stattfinden. Der Gemeinderat

selbst entscheidet über die Einberufung einer solchen Versammlung. Die Vertreter der Bürgerschaft sind also die Herren eines solchen Verfahrens. Wir sollten dies hier wahrnehmen, auch um möglicherweise, und das möchte ich nicht ausschließen, einem entsprechenden Begehren der Bürgerschaft, das schon mehrfach geäußert wurde, entgegenzutreten. Es genügen 6 000 Unterschriften um aus der Reihe der Bürgerschaft ein solches Begehren einzubringen.

StR. L e p p l e : Der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion umfaßt 3 Ziffern. Ich möchte mit Ziffer 3 beginnen, in der die Beseitigung der Atomraketen aus dem Stadtgebiet gefordert wird. Wir haben zu diesem Antrag schon einmal, nämlich, bei der Entschließung im Sommer Stellung genommen. Damals haben wir gesagt, daß wir kein Verständnis dafür haben, daß innerhalb eines Ballungsbereiches Heilbronn, solche Raketen stationiert sind. Die Entfernung aus diesem Bereich liegt sicher im Interesse der Bevölkerung und muß befürwortet werden. Durch das Unglück vom 11. Januar haben wir sicherlich eine andere Einstellung der Bevölkerung gegenüber diesen Dingen erfahren. War man bisher eigentlich lethargisch und gleichgültig, stören uns diese Raketen jetzt sehr wohl. Es ist etwas geschehen, das man für undenkbar gehalten hat. Ich glaube, selbst amerikanische Ingenieure, die intensiv mit diesen Dingen umzugehen haben, müssen über das, was dort geschehen ist, mehr als überrascht sein. Ist es doch eine Fortsetzung von Unfällen und Versagen im Bereich der Erprobung dieser Raketen, die sehr vielfältig sind. Es ist auffällig, daß man sich in der amerikanischen Presse erheblich mehr mit der Problematik beschäftigt hat, als man es bei uns in der BRD getan hat. Ich habe mich nach dem Grund dafür gefragt. Offensichtlich hat man jetzt in Amerika kalte Füße hinsichtlich eines Waffensystemes bekommen, das von vielen Fachleuten als nicht ausgereift bezeichnet wird und das in seinen Versuchsstadien schon sehr viele Fehler gezeigt hat.

Für die FDP-Fraktion war es schon immer unverständlich, daß man ausgerechnet in einem solchen Ballungsraum, in dessen Umkreis von rund 30 km fast 1/2 Million Menschen lebt, solche Raketen stationieren kann. Die einen sagen, Gott sei Dank war es ein harmloser Unfall. Es hat zwar Tote gegeben, aber wenn auf der Autobahn bei einem Zusammenstoß im Nebel 11 Menschen sterben, redet niemand darüber. So kann es doch wohl nicht ganz sein. Ich glaube, es gilt wohl abzuwägen, daß die Sendung "Monitor" in ihrer gesamten Darstellung doch einen GAU, also den größten angenommenen Unfall, dargestellt hat. Wenn so etwas eintreten würde, - wir können es weder behaupten noch bestreiten - wissen wir nicht, was in unserem Gebiet geschehen würde. Die Bevölkerung war betroffen. Auf der anderen Seite haben wir eine Verniedlichung, teilweise in Presseberichten,

teils in anderen Berichten erlebt. Wer weiß, welche Möglichkeiten es noch gibt, wer weiß, mit was man in Zukunft noch rechnen muß. Nicht einmal die Fachleute sind in der Lage, eine klare Aussage über die Sicherheit dieses Systemes zu machen. Wir sind deshalb durchaus bereit, den Antrag der SPD zu unterstützen. Auch wir sind der Auffassung, daß in einem Ballungsbereich wie Heilbronn solch eine Massierung von nuklearen Waffen absolut falsch ist. Das kann auch strategisch keinen Sinn haben. Es gibt, wie heute schon erwähnt wurde, auch in anderen Gebieten unseres Landes, die wesentlich dünner besiedelt sind, Möglichkeiten. Wenn schon Katastrophen entstehen, dann wenigstens nicht in einem so hohen Ausmaß.

Was Ziffer 2 des Antrages der SPD-Fraktion betrifft, so ist hier die Rede davon, Übungen einzuschränken bzw. den Umgang mit diesen Geräten außerhalb der Waldheide einzustellen. Im Zusammenhang mit der Sendung "Monitor" wurden u.a. auch all die Unfälle beim Transport dieses Waffensystemes außerhalb der Stationierung gezeigt, die wir aus der Vergangenheit kannten, und die wir vielleicht alle schon wieder verdrängt haben. Es stehen Fahrzeuge auf der Autobahn, deren Reifen platt sind. Sie kippen um, weil die Bremsen nicht mehr funktionieren. Diese Dinge können natürlich keinen Bürger, insbesondere nicht in Heilbronn, beruhigen. Wenn man sich vorstellt, daß solche Fahrzeuge auf der Waldsteige fahren, braucht man gar keine Fantasie, um sich vorzustellen, was hier passieren könnte. Man hat den Eindruck, daß man mit diesen Dingen recht leichtfertig umgeht. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, daß sich die US-Armee einer freiwilligen Beschränkung unterziehen sollte. Wir können sie nur darum bitten, damit die Bevölkerung unserer Stadt und der Umgebung nicht noch weiter gefährdet wird.

Zu Ziffer 1 des Antrags möchten wir noch einige Ergänzungen vornehmen. Es kann nicht sein, daß wir zu Hilfsdiensten nein sagen. Das ist unmöglich. Wir sind zu solchen natürlich verpflichtet.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben vorhin gesagt, daß die amerikanischen Streitkräfte aufgefordert werden, ihren eigenen Schutz auf der Waldheide etwas zu verbessern, damit nicht wieder solche Situationen entstehen. Wir können den Schutz weder aus gesetzlichen noch aus moralischen Gründen verweigern. Ich frage jetzt natürlich die Antragsteller, welche Hilfestellung die Stadt Heilbronn außer den angesprochenen leistet. Man spricht immer nur von Hilfeleistungen. Wir haben aber keinen Einfluß auf die Stellung des Roten Kreuzes, wir haben keinen Einfluß auf den Einsatz der Polizei. In welchen Bereichen sollen wir noch Hilfestellung verweigern? Ich muß mich fragen, was dieser Antrag überhaupt soll. Wir können aus gesetzlichen oder

moralischen Gründen so lange die Hilfestellung nicht verweigern, als die Raketen dort oben stehen. Das erste Ziel wäre natürlich, sie wegzubekommen. Wenn wir Klarheit darüber haben, könnte sich die FDP-Fraktion vielleicht dazu entschließen, dem Antrag zuzustimmen, aber im Moment kann ich mit Ziffer 1 des Antrags nichts anfangen.

Frau StR. K r e h : Obwohl ich weiß, daß wir nachher über alle Punkte abstimmen werden, stelle ich den A n t r a g , daß wir über Ziffer 1 des Antrages zuerst abstimmen. Hiermit möchte ich einfach unterstreichen, daß der darin enthaltene Satz, nämlich die unverzügliche Beseitigung der Raketen aus dem Stadtgebiet zu fordern, der wichtigste dieses Papiers ist. Dies ist auch die vordringlichste Forderung unserer Fraktion. Im Interesse unserer Bevölkerung sollte jeder in diesem Gremium durch sein Abstimmungsverhalten dazu beitragen, daß diese Raketen baldmöglichst verschwinden.

StR. S c h w a r z : Ich bin durch das, was sich am 11. Januar auf der Waldheide ereignet hat völlig aus dem Konzept gekommen. Herr Oberbürgermeister, können Sie sich noch daran erinnern, wie wir voriges Jahr auf Veranlassung der SPD-Fraktion eine Debatte über die Raketen und die Waldheide geführt haben? Was hat die Verwaltungsspitze überhaupt dem Gemeinderat sagen können? Alles war im Dunkeln, niemand hat etwas gewußt. Ich bilde mir ein, daß ich immer mehr gewußt habe als meine Kollegen, weil ich mich beim Sachbearbeiter erkundigt habe.

Das, was auf der Waldheide geschah, und das, was unsere Verwaltungsspitze uns gesagt hat, war einmalig. Auch Oberbürgermeister Dr. Hoffmann hat uns nie etwas darüber gesagt. Jeder hat getan, als ob er nichts wüßte. Das ist ein Unding! Es hat doch gar keinen Sinn, wenn wir in Einzelheiten gehen. Es ist hier vom Natodoppelbeschluß die Rede. Es ist die Rede davon, daß die Amerikaner auf der Waldheide allein das Sagen haben. Was haben aber wir hier zu sagen? Sollen wir auf die Straße gehen? Sollen wir uns beschweren? Nein, der Gemeinderat muß jetzt bekennen. Wenn heute mit nur einer einzigen Rakete etwas passiert, ist die Stadt Heilbronn und die ganze Umgebung dem Tode geweiht. Der Vollzug des Natodoppelbeschlusses muß eingehalten werden. Ich sage als Heilbronner und als gewählter Vertreter der Heilbronner Bürgerschaft, daß wir hier nur nein sagen können. Wir müssen uns eindeutig dafür aussprechen, daß die Waldheide ohne Raketen sein muß. Wie kommt man überhaupt dazu, hier oben etwas Selbstmörderisches zu etablieren? Wer den 4. Dezember 1944 mitgemacht hat, weiß welches Elend das ist. Trotzdem konnten wir hinterher unsere Stadt wieder aufbauen. Mit dem, was auf der Waldheide steht, ist es das Ende. Wir sind der erste Ort, der im

Falle eines Krieges vernichtet wird. Ich fordere Sie auf, daß Sie bekennen, daß wir grundsätzlich dagegen sind und verlangen, daß diese amerikanischen Raketen verschwinden.

Wir wollen keinen Krieg. Die Raketen auf der Waldheide schützen weder die Stadt noch uns. Wir sind die ersten die vernichtet werden. Dazu dürfen wir nicht beitragen. Nicht einmal die Feuerwehr darf dort eingesetzt werden. Gewiß ist sie zu unserem Schutz da, aber es muß aufhören. Ich fordere Sie auf, stark gegen die Raketen zu sein. Wir verlangen, daß die Raketen beseitigt werden, das ist nämlich kein Übungsplatz mehr, sondern eine mörderische Todesanlage.

Frau StR. S c h e u e r m a n n : Als ich von dem Unglück auf der Waldheide hörte, war ich sehr betroffen.

Doch als nach 5 und 7 Tagen immer noch in der Presse, in den Nachrichten und im Fernsehen von dem gleichen Raketenunglück berichtet wurde, konnte ich es schon beinahe nicht mehr hören. Doch vielleicht hatte ich bisher auch nicht richtig zugehört, und all denen geglaubt, die versuchten, die Vorkommnisse auf der Waldheide zu bagatellisieren.

Herr Oberbürgermeister, wenn von dem Bericht von "Monitor" am Dienstag abend im Fernsehen auch nur die Hälfte stimmt, dann sind es für mich immer noch 50 % zuviel.

Ich möchte hier keinen Anti-Amerikanismus betreiben, und auch nicht in Panikmache verfallen, es ist mir auch klar, daß wir immer noch keinen Friedensvertrag haben, und das Gebiet der Waldheide in Bundesbesitz ist.

Mit all dem Wissen nehme ich mir trotzdem als Heilbronnerin das Recht, hier so zu reden. Als Sie mich Herr Oberbürgermeister vor einem Vierteljahr hier vereidigt haben, sagten Sie, jeder ist nur seinem Gewissen verantwortlich. Und mein Gewissen sagt mir, daß es nicht weiter so geht.

Vor einem Atomkrieg habe ich schon keine Angst mehr, eher davor, daß eine dieser Pershing-II-Raketen, die - als das unausgereifteste, anfälligste und ungeprüfteste Waffensystem gelten, das je ausgeliefert wurde - durch einen Unglücksfall hier losgehen.

Wenn mich schon Verwandtschaft aus USA anruft und fragt, ob wir überhaupt noch leben, dann ist für mich Alarmstufe gegeben. Ich habe keine Zeit, nach einer Verseuchung 24 000 Jahre zu warten, bis ich in meine Heimat zurück kann, ich lebe jetzt und das möchte ich gerne noch ein paar Jahre tun, ohne dauernd auf einem Pulverfaß zu sitzen. Und was gibt es hier überhaupt noch geheimzuhalten, was schon alle Bilder zeigen? Wenn Sie, Herr Oberbürgermeister sagen, daß es für Heilbronn keinen neuen Katastrophenschutzplan geben wird, und unsere Feuerwehr für Raketenunfälle gerüstet ist, dann muß ich doch fragen, ob man unserer Feuerwehr, unseren Rettungsmannschaften, Sanitätern,

Ärzten usw. jemals Einblick in die Waldheide gewährt hat. Sollen sie in einem Ernstfall erst einige "G.I.s" fragen, die wie "verscheuchte Hühner" dort oben umherirren, wo es lang geht?

Wir dürfen den Schutz unserer Bevölkerung nicht allein amerikanischen Militärs überlassen. Unsere Feuerwehr und Rettungsmannschaften müssen Einblick bekommen, denn was sollen sie retten, wenn sie nicht wissen wo und was?

Ich verlange, Herr Oberbürgermeister, daß der Gemeinderat umfassend informiert wird, was auf unserer "Waldheide", bei einem kleinen Ort in Deutschland, wirklich geschah.

Mit tun die Toten, Verunglückten und ihre Angehörigen sehr leid, aber vielleicht mußte erst ein so tragische Unglück geschehen, damit wir wirklich aufwachen, und nicht noch Schlimmeres geschieht.

StR. R o h n : Nach den Vorreden glaube ich, daß Frau Kollegin Fuchs mit der CDU-Fraktion doch bald in Heilbronn alleine dastehen wird. Es ist doch offensichtlich, daß in Heilbronn die Lage so ist, daß selbst die Leute, die verteidigungspolitisch der Überzeugung der CDU bis jetzt nahe standen, auch gemerkt haben, daß es so wie es zur Zeit in Heilbronn läuft, nicht mehr weitergehen kann.

Ich möchte nochmals auf die Argumente eingehen. Ich meinte, daß Herr Kollege Niethammer, was die Feuerwehr betrifft, eigentlich das Richtige schon entgegnet hat. Ich glaube, man muß aber nochmals deutlich sagen, worum es geht. Wir sind natürlich dankbar, daß die Heilbronner Feuerwehr so schnell auf der Waldheide eingetroffen ist und damit vielleicht Schlimmeres verhütet hat. Das, was Herr Oberbürgermeister gefordert hat, nämlich daß die Amerikaner dort oben eine eigene Feuerwehr stellen müssen, entspricht doch genau dem, was wir in Ziffer 1 unseres Antrages wollen. Bis jetzt war es doch offensichtlich so, daß unsere Feuerwehr hinsichtlich der Hilfe dort oben ganz normal eingeplant war und daß sicher auch Übungen von der Feuerwehr durchgeführt wurden. Wir lehnen es ab, daß unsere Feuerwehr, nachdem die Mehrheit des Gemeinderates die Raketenstationierung nicht will, mit Hilfsdiensten eingeplant wird. Eine andere Frage wäre die moralische Verpflichtung in einem schlimmen Katastrophenfall. Dann müßten natürlich die Leute aus dem ganzen Land helfen. Es geht uns in dem Antrag darum, daß unsere Dienste nicht von vornherein eingeplant werden. Herr Oberbürgermeister, Sie sollten den Gemeinderat und die Öffentlichkeit noch darüber aufklären, welche Dienste die Stadt Heilbronn dort oben geleistet hat, um die Stationierung zu gewährleisten.

Zu dem Argument, wir würden die Bevölkerung verunsichern, möchte ich sagen, daß ich mir nicht vorgestellt hätte, daß unsere Befürchtungen, die wir schon länger geäußert haben,

sich in diesem Ausmaß und so schnell erfüllen. Wenn bis jetzt noch kein Grund dazu bestanden hat, darüber zu diskutieren, hat doch dieser Unfall den deutlichsten Grund geliefert. Ich verstehe nicht, wie man das Ganze noch so herunterspielen kann. Wenn man "Die Welt" zitiert, weiß man natürlich woher die Richtung kommt. Es ist laut Spiegel eine Tatsache, daß mindestens 9 Raketen mit Sprengköpfen auf der Waldheide stehen. Diese Sprengköpfe müssen einfach weg, wenn man betrachtet, was hier geschehen ist. Herr Oberbürgermeister, Sie müßten zusätzlich zu den Forderungen, die Sie geäußert haben, die Forderung stellen, daß die Sprengköpfe entfernt werden müssen, zumindest, und das wäre aus Ihrer Position das mindeste, bis der Unfall geklärt ist.

Besonders erschreckend finde ich die Tatsache, daß man die Ursache dieser Explosion nicht erklären kann. Das macht erst die Gefährlichkeit aus. Man muß damit rechnen, daß jetzt bei jeder weiteren Handhabung mit Teilen dieser Rakete etwas passiert. Man weiß nicht, ob nicht schon bei der geringsten Berührung ein Brand ausgelöst wird. Wir haben gehört, wie weit die Teile bei der Explosion geflogen sind. Die Gefahr, daß bei einer nächsten Explosion Teile wirklich auf eine Rakete mit Sprengkopf fliegen ist sehr groß. Aus diesem Grund müssen wir ganz klar fordern, daß die Sprengköpfe beseitigt werden müssen. Deshalb sollten Sie Ziffer 3 unseres Antrages unterstützen.

StR. F r i t z : Nach den jetzt vorliegenden Erklärungen der verschiedenen Fraktionen des Gemeinderats haben Sie sicher Verständnis dafür, daß ich mich mit meiner Wortmeldung in erster Linie an die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion wende. Ich bin nämlich der Ansicht, daß der Gemeinderat heute eigentlich im Interesse unserer Bevölkerung einstimmig votieren müßte. Zu ähnlichen Abstimmungsergebnissen ist es auch in anderen Städten und Gemeinden gekommen.

Seit dem 11. Januar 1985 hat die Diskussion um Raketen und Abschusstrampen auf der Waldheide bei Heilbronn für und in Heilbronn eine neue Dimension bekommen. Vorher wurde in dem Streit darüber, ob wir mit unserer Ansicht recht hätten, oder Sie mit der Ihrigen, vielfach so argumentiert, als wäre es nur eine durch nichts zu beweisende Behauptung der SPD, daß sie von einer Gefahr spricht, die von der Waldheide ausgeht. Seit dem 11. Januar dieses Jahres ist dies keine Behauptung und keine Befürchtung mehr, sondern eine erwiesene Gefahr. Auf Sicherheitszusicherungen vertrauend, konnte man bisher durchaus so argumentieren, daß wir in Heilbronn im Schutze der Raketen der Waldheide sicher leben und auch sicher vor einem Angriff aus dem Osten. Nur stimmt heute Ihre bisherige Argumentation nicht mehr.

Ich möchte hier keine verteidigungspolitische Debatte führen, es ist nicht der Ort dafür. Es hilft auch nicht, wenn man heute vor die Entscheidung gestellt wird, unseren Anträgen zuzustimmen oder sie abzulehnen, sich in eine Verteidigungsdebatte zu flüchten. Wir sind im Heilbronner Gemeinderat als Kommunalpolitiker und aus der daraus erwachsenden Verantwortung gefordert. Wir haben heute abzuwägen, ob wir einer übergeordneten Verteidigungsstrategie zuliebe eine erwiesene Gefährdung unserer Stadt und unserer Bevölkerung hinnehmen wollen, ob wir also den Kopf in den Sand stecken wollen vor dieser erwiesenen Gefahr oder ob wir der Abwendung einer solchen Gefahr durch die Beseitigung der Raketen den Vorzug geben. Auch dann, wenn wir, wie Sie, voll hinter dem Natodoppelbeschluß stünden. Herr Oberbürgermeister hat zu Beginn dieser Sitzung, wie ich meine in dankenswerter Weise zum Ausdruck gebracht, daß es auch weniger dicht besiedelte Gebiete in der Bundesrepublik gibt, wenn man schon der Meinung wäre, daß man solche Raketen in Deutschland stationieren muß. Als Gemeinderäte haben wir uns am Interesse unserer Bürger auszurichten. Nur aus Bündnis- oder Vasallentreue können wir die Gefahr, die von der Waldheide für uns alle ausgeht, nicht hinnehmen.

Herr Lepple, Sie haben gefragt, wie Ziffer 1 unseres Antrages zu interpretieren ist. Es war hier schon von dem "liederlichen" Zustand die Rede, in dem sich die amerikanischen Fahrzeuge befinden. Es ist bekannt und eigentlich geradezu erschütternd, wenn jetzt auch noch erwiesen wird, daß es innerhalb der Militärbasis auf der Waldheide offensichtlich von den Stationierungskräften keine eigene Katastrophenplanung gibt. Wie man weiß, steht auch kein eigener Feuerlöschzug der US-Truppen dort oben. Mir hat jemand, der es wissen muß, gesagt, daß es dort noch nicht einmal einen Feuerlöscher gibt. Wir meinen, daß wir durch die Bereithaltung unserer für ganz andere Zwecke eingerichteten Feuerwehren oder unserer eigenen Rot-Kreuz-Vorrichtungen den Amerikanern doch nicht ersparen können, zunächst für sich selbst auf ihrer Militärbasis solche Schutzvorkehrungen zu treffen. Wir können doch nicht der Beirupfer der amerikanischen Truppen sein!

Hilfestellungen von denen wir meinen, daß wir sie verweigern sollten, sind beispielsweise auch, daß wir möglicherweise neue Straßen bauen und unterhalten sollen. Wer weiß denn überhaupt, was, wenn diese Raketenbasis auf der Waldheide bestehen bleibt, in den nächsten Monaten und Jahren an Anforderungen auf uns zukommen könnte?

Namens der Bürgerschaft gibt es nur eine Möglichkeit, wie wir heute abstimmen können. Wir müssen auf den Abzug der Raketeneinheiten von der Waldheide bestehen. Für mich ist

es überraschend, wie die Sprecherin der CDU-Fraktion heute argumentiert hat. Spätestens nach dem 11. Januar dieses Jahres hätte unsere Bevölkerung erwarten müssen, daß der Gemeinderat wie ein Mann den berechtigten Sicherheitsbelangen unserer Stadt den Vorrang gibt. Daher richten wir den Appell an die CDU-Fraktion, stimmen Sie unserem Antrag zu. Ein einstimmiger Beschluß ist, glaube ich, das, auf das die Bevölkerung wartet. Daß der Gemeinderat mit einer Mehrheit die Anträge annimmt, steht fest. Ich meine trotzdem, der Wunsch nach dem einstimmigen Beschluß sollte von Ihnen nicht überhört werden.

Im übrigen darf ich ankündigen, daß wir dem Antrag der Grünen, ein Gespräch mit den in Betracht kommenden deutschen und amerikanischen Stellen über Fragen und Probleme im Zusammenhang mit dem Unglück zustimmen werden.

StR. K ü b l e r : Nach diesen Wortmeldungen ergeben sich sicher eine Reihe von Fragen. Auch Fragen, die vielleicht den Kollegen von den anderen Fraktionen nicht passen. Was ist auf der Waldheide tatsächlich geschehen, und was hätte geschehen können? Das sind offene Fragen, bei denen die Bevölkerung dieser Stadt ein Anrecht auf Beantwortung hat. Dazu steht die CDU-Fraktion, wie auch Frau Fuchs vorhin deutlich ausgeführt hat. Das heißt, daß vor einer breiten Öffentlichkeit und darüber hinaus eindeutig und schonungslos die Ursachen des Waldheideunglückes aufgeklärt werden müssen. Daraus ergeben sich selbstverständlich Folgerungen. Bei der Fernsehberichterstattung in "Monitor" hat man graphisch dargestellt, was nach Meinung der Journalisten fast auf Heilbronn hätte zukommen können. Man muß die Frage stellen, ob diese Berichterstattung richtig war. Ist das, was dort gesagt wurde, tatsächlich wahr? Woher weiß beispielsweise "Monitor", aus was ein solcher Atomsprengstoff besteht? Woher weiß dies Kollege Theilacker? Ich weiß nicht, wie die Kenntnisse meiner Kollegen sind, aber ich habe versucht, mich zu informieren, bevor ich hier das Wort ergreife. Ich selbst weiß nicht, aus was die Sprengköpfe bestehen, weil es militärische Geheimhaltungsvorschriften gibt. Ich weiß beispielsweise auch nicht, ob es sich um 2 bis 5 kg Plutonium 239 mit einem Halbwertszeitwert von 24 000 Jahren handelt. Es könnten durchaus auch thermonuklearische Sprengköpfe auf Wasserstoffbasis sein. Wer von Ihnen weiß das? Dies alles ist ein Teufelszeug.

Bei den Folgen, die in der Fernsehsendung geschildert wurden, muß zuerst einmal deutlich gemacht werden, ob diese tatsächlich zutreffen. Ich meine, man darf nicht argumentieren, indem man einfach sagt, wir sind für Heilbronn, und diejenigen, die unserem Antrag nicht zustimmen, sind dagegen. So ist es bestimmt nicht. Wir wollen auch, und darauf legen wir großen Wert, daß eine absolute Vorsorge

getroffen wird, damit ein Wiederholungsfall von Unglücken dieser Art ausgeschlossen ist. Ich bin auch der Auffassung, daß ein übergreifender Katastrophenschutzplan für die gesamte Gemarkung der Stadt Heilbronn und des Landkreises vorhanden sein muß. Er muß unter Beteiligung der Bevölkerung Anwendung finden.

Ich bin auch der Meinung, daß auf die Darstellung in der Sendung "Monitor" nicht einfach so reagiert werden kann, daß man sagt, es stimmt nicht. Es muß gesagt werden, warum es nicht stimmt. Ich habe gestern in "Südfunk aktuell" gehört, wie der amerikanische Presseoffizier gesagt hat, er könne die Monitorausage über die Möglichkeit einer Verseuchung oder eines Unfalles weder dementieren noch bestätigen. Ich halte das für eine ganz ungeschickte Sache. Man muß den Leuten, die in Sorge sind, sachlich korrekt und verantwortungsbewußt sagen, worum es geht. Man darf aber nicht auf der einen Seite Gefahren aufzeigen. Ich glaube, man sollte als Antwort auf die Sorge der Bürger weder sagen, daß es nichts gibt, noch so reagieren, wie es Herr Niethammer und Herr Theilacker tun. Meiner Meinung nach darf es keinen Zweifel daran geben, daß modernste Sicherheitstechniken und Überwachungsvorsorgen weder dem Zufall noch mangelnder technischer Reife von Waffensystemen noch menschlichem Versagen eine Chance geben dürfen.

Wenn Herr Fritz appelliert, daß ein einstimmiger Beschluß gefaßt werden muß, so hat die CDU-Fraktion, das ist bereits von Frau Fuchs gesagt worden, einen Antrag gestellt, der lautet: "Die zuständigen Stellen, also Land, Bund und Bündnispartner, werden mit Nachdruck zu einer Überprüfung der Raketenstandorte aufgefordert, um zu erreichen, daß Stationierungsorte grundsätzlich aus Ballungsgebieten mit dichter Wohnbevölkerung entfernt werden."

Stimmen Sie doch bitte unserem Antrag zu.

Ich meine wir sollten zunächst über die Anträge abstimmen, über die wir uns einig sind.

Unser zweiter Antrag lautet:

"Die Verwaltung wird beauftragt, die Bündnispartner aufzufordern, bis zur endgültigen Klärung der Unfallursachen vom 11. Januar 1985 sämtliche Raketenübungen und Raketen Transporte auf unserem Gebiet einzustellen."

Außerdem treten wir dem Antrag der Grünen bei, der lautet: "Der Oberbürgermeister führt baldmöglichst zusammen mit Vertretern der Gemeinderatsfraktionen Gespräche mit den in Betracht kommenden deutschen und amerikanischen Stellen über Fragen und Probleme, die im Zusammenhang mit dem Pershing II-Unfall auf der Waldheide vom 11. Januar 1985 aufgetreten sind."

Ich persönlich gehe sogar so weit, daß, wenn uns die Ergebnisse der Untersuchung nicht befriedigen, entsprechende unabhängige Gutachten eingeholt werden. Aber einfach jetzt etwas in den Raum zu stellen, ist meiner Auffassung nach auch nicht das, was unserer Verantwortung entspricht. Ich bitte Sie deshalb, diesen drei Anträgen zuzustimmen.

Vor einer Abstimmung bitte ich, die Sitzung für 10 Minuten zu unterbrechen, damit wir uns in der Fraktion nochmals über den Gesamtzusammenhang unterhalten können. Wir sehen die Situation genauso verantwortlich wie Sie. Wir dürfen aber aufgrund dieses wirklich unglückseligen Unfalles das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

Frau StR. M ö n c h : Ich möchte an die Frage von Herrn Theilacker anknüpfen, was eigentlich in einem Ernstfall passiert, und wie unsere Bürger in einem Ernstfall informiert werden. Es ist bekannt, daß die Amerikaner in den letzten Jahren detaillierte Evakuierungspläne für Zivilisten erstellt und in Gießen und Frankfurt erprobt haben. Die Grünen fordern den Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn auf, den Gemeinderat über die Evakuierungspläne von amerikanischen Zivilisten im Krisenfall in Heilbronn zu informieren. Wir bitten Sie, Herr Oberbürgermeister, auch zu prüfen, inwieweit in einem militärischen Krisenfall Bahnhöfe, Ausfahrtstraßen und Autobahnen zur Evakuierung von US-Zivilisten für Heilbronner Bürger gesperrt sind. Gab es diesbezüglich Gespräche oder Absprachen mit der örtlichen Verwaltung, der Polizei oder anderen Landesdienststellen? Werden amerikanische Soldaten mit bereits vollzogener Billigung deutscher Behörden unsere Bürger mit Maschinenpistolen daran hindern, das Pulverfaß Heilbronn zu verlassen? Die Klärung dieser Fragen ist von entscheidender Bedeutung, da es bei kriegerischen Auseinandersetzungen mit hoher Wahrscheinlichkeit nur eine kurze Vorwarnzeit geben wird. Die amerikanischen Pläne geben uns Anlaß zu großer Besorgnis. Wir fordern Sie deshalb auf, den Gemeinderat darüber zu informieren, welche konkreten Evakuierungspläne für die US-Zivilisten in Heilbronn bestehen und welche möglichen Behinderungen für Heilbronner Bürger hierdurch entstehen könnten. Kopien dieser Evakuierungspläne liegen mir vor.

O.B.M. Dr. W e i n m a n n : Frau StR. Mönch, die amerikanischen Zivilisten erhalten seit Mitte der 50er Jahre in dem Augenblick, in dem sie in Deutschland ankommen, eine Karte, auf der die Rückwege zu den Seehäfen auf Nebenstraßen eingezeichnet sind, die sie anzutreten haben, damit sie im Konfliktfalle den normalen Verkehr nicht behindern. Was den Antrag der Fraktion der Grünen hinsichtlich der Gespräche betrifft, möchte ich sagen, daß Oberst Brown uns eingeladen hat, in absehbarer Zeit in die Kaserne zu kommen, um Gespräche zu führen.

Zu Ihrer Frage, Frau StR. Scheuermann, möchte ich sagen, daß wir einen Katastrophenplan haben, der alle Maßnahmen bündelt und die zuständigen Hilfsorganisationen einbezieht. Dieser gibt auch dem zuständigen Hauptverwaltungsbeamten Requirierungsmöglichkeiten, um im Sinne des Katastrophenstabes Maßnahmen einzuleiten und Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. Dieser Plan ist auch für alle Arten von Unfällen, ausgenommen Atomunfällen, geeignet. Es gibt einen speziellen Katastrophenschutzplan, der für das Kernkraftwerk Obrigheim gilt. Dieser Plan wird realisiert in der Zuständigkeit, nicht etwa der betreffenden Gemeinde und des dortigen Hauptverwaltungsbeamten, sondern des Regierungspräsidiums. Wir brauchen in Heilbronn diesbezüglich keinen Katastrophenschutzplan. Wir haben einen, der lediglich ergänzt werden müßte. In diesem Zusammenhang haben innerhalb der Stadt Heilbronn schon Gespräche zwischen dem zuständigen Dezernat IV und mir stattgefunden. Er muß lediglich um die möglichen Gefährdungen, die nach der Untersuchung mitgeteilt werden, ergänzt werden.

Frau StR. S c h e u e r m a n n : Muß unser Katastrophenschutzplan dann um die Waldheide ergänzt werden.

O B M. D r. W e i n m a n n : Nein, um Gefährdungen, die von der Waldheide möglicherweise kommen können. Das ist ein Unterschied.

Frau StR. D r. S c h u l z - H a n ß e n : Die Raketen müssen von der Waldheide verschwinden. Ich glaube, wenn man das nicht allein durch den Unfall vom 11. Januar einzusehen vermochte, dann haben doch die Argumente, die heute hier gefallen sind, diese Überzeugung stützen können. Bis dahin aber geht in Heilbronn die Angst um. Ich glaube, jeder Katastrophenschutzplan, ob er nun ergänzt werden muß oder nicht, kann daran nichts ändern. Er wird sogar eher die Angst schüren, weil man sich Sorgen darüber macht, ob man auch berücksichtigt wird, wenn die Katastrophe eintritt. Daß sich diese Angst nicht stärker artikuliert, was Herrn Lepple in Erstaunen versetzt, hängt ganz einfach damit zusammen, daß wir uns sozusagen im Auge des Taifun befinden, und da ist es sehr gefährlich ruhig. Weil wir hier ständig mit dieser Gefahr leben, reagieren wir nicht so stark wie jemand, der jenseits des Atlantiks plötzlich etwas von einer amerikanischen Rakete und toten amerikanischen Soldaten hört. Information tut also not. Es darf nicht wieder passieren, wie ich jetzt feststelle, und was auch aus den Veröffentlichungen der vergangenen Tage hervorging, daß man bis vor einigen Monaten von kompetenter Stelle immer wieder hörte, daß die Waldheide kein kommunales Thema ist und daß es kein Risiko gibt. Man liest dann in der Zeitung, und Frau Fuchs hat es nochmals hervorgehoben, daß die Heilbronner Feuerwehr das größere Unglück verhindert

hat. Sie ist sogar an Raketen ausgebildet gewesen. Ich frage mich, wieso man die Heilbronner Feuerwehr an Raketen ausbildet, wenn es bei uns in der Gegend gar keine Raketen gibt. Solche Dinge dürfen nicht wieder vorkommen. Ich meine deshalb, daß zukünftig eine vollständige Information stattfinden muß. Das sollte in einer Bürgerversammlung sein, wie es Herr Niethammer schon gesagt hat. Es sollte auch vielleicht etwas eher erfolgen, als die offiziellen Untersuchungsergebnisse vorliegen. Deshalb fordere ich Sie auf, Herr Oberbürgermeister, auf der Versammlung, die am 6. Februar in der Harmonie vom Heilbronner Friedensrat veranstaltet wird, doch der Bevölkerung schon etwas eher Rede und Antwort zu stehen und ihr durch Ihr Erscheinen auch so etwas wie ein persönliches Vertrauen in die Stadt, in der sie leben, zurückzugeben.

StR. Theilacker: Ich möchte noch kurz auf die Frage von Herrn Lepple eingehen, welche Hilfsdienste legalerweise von der Stadt nicht geleistet werden können. Ich möchte klarstellen, daß es hier nicht um die Feuerwehr geht. Diese muß im Rahmen der Bestimmungen ihren Auftrag erfüllen. Möglicherweise sind Landesbedienstete in Mitwirkung mit Heilbronner Ämtern, beispielsweise mit dem Vermessungs- und Katasteramt, dabei, neue Abschußrampen in Heilbronner Wäldern oder umliegenden Wäldern zu markieren. Zu diesem Thema gibt es auch eine Anfrage im Landtag, die uns vielleicht etwas weiterhelfen könnte. Eine andere Sache, die städtische Bedienstete gemacht haben: Wenn man vom Jägerhaus zur Waldheide geht, sieht man links, wo die Kirschenallee beginnt, ungefähr zehn große Steine. Diese sind in dem Augenblick hingelegt worden, als auch mannsstarke Sperrpfosten um den heißen Teil, also von der Schranke aus rechts und links, angebracht worden sind. Das sind Dienstleistungen, von denen ich annehme, daß sie entweder von deutschen Behörden oder mit Billigung deutscher Behörden gemacht worden sind. Es handelt sich um deutschen Grund. Bei der Übungsanlage Richtung Donnbronn, die eine Art militärischer Abenteuerspielplatz ist, gibt es, wie ich annehme, auch noch Liegenschaften, die im Besitz der Stadt Heilbronn sind. Darauf haben wir also eine Einwirkungsmöglichkeit. Auch diese Art von Hilfsdiensten möchte ich ablehnen. Diese sollten wir nicht erbringen. Herr Kauselmann kann dazu bestimmt noch Ausführungen machen.

Herr Oberbürgermeister, ich möchte fragen, wie es mit dem gemeinsamen Antrag auf Bürgerversammlung weitergehen soll. Sollen wir gleich darüber abstimmen oder soll er nochmals vorbereitet werden? Die Bürgerversammlung ist dringend notwendig und sollte deshalb relativ früh stattfinden. Die Bevölkerung soll sich informieren können und sie sollte Gelegenheit haben, Bedenken und Anregungen zu der Situation in Heilbronn zu geben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einige Fragen stellen, damit wir besser debattieren und das Wohl der Bürger fördern können:

1. Ist Ihnen bekannt, daß mehrere Zeugen beobachtet haben, wie auf der Waldheide eine Pershing II bis zur senkrechten Startstellung aufgerichtet wurde und daß dabei Tiefstflüge direkt über der Rakete stattgefunden haben?
2. Halten Sie den Absturz eines Flugzeugs auf die Waldheide für möglich? Welche Folgen würde der Absturz auf eine der Atomraketen haben, deren Zahl von Zeugen mittlerweile mit ca. 18 angegeben wird?
3. Wie stehen Sie zur Aussage von Wissenschaftlern und Fachjournalisten, daß selbst bei einer nur konventionellen Explosion bzw. beim Abbrennen des Treibstoffes der ersten beiden Stufen in der Folge eines Unfalls oder eines Sabotageaktes zwei bis fünf Kilogramm Plutonium aus dem Sprengkopf über Heilbronn freiwerden könnten?
4. Wird die Verwaltung den Unfall zum Anlaß nehmen, um die Radioaktivität auf der ehemaligen Waldheide in regelmäßigen Abständen zu messen? Wurde sie am Unfalldag gemessen und welcher Wert wurde festgestellt?
5. Welche Maßnahmen gedenkt die Verwaltung zu ergreifen, um die Kinder zu schützen, die im Sommer zur Erholung ins AWO-Waldheim oder auf den Gaffenberg kommen?
6. Welche Ausbildung hat die Heilbronner Feuerwehr zum Schutze der militärischen Einrichtungen in Heilbronn, insbesondere der der Waldheide, bekommen? Wann erfolgte die Ausbildung? Welche angenommenen Gefahrenfälle bildeten die Ausgangslage für die Schutzübungen der Feuerwehr? Trifft es zu, daß Feuerwehrleute, die sich dieser Zusatzübung unterzogen haben, mit ihrer Unterschrift zur Geheimhaltung darüber verpflichtet wurden?
7. Welche Güter wurden kürzlich vom US-Depot Siegelsbach in den Innenbereich der Waldheide geflogen, als unsere Feuerwehr Brandschutz leistete?
8. Werden Sie das Ergebnis der Untersuchung des Raketenunfalls und etwaige Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung in den Gemeinderat einbringen?
9. Trifft es zu, daß die Stadt im Bereich des amerikanischen Senders zwischen Waldheide und Donnbronn im Winterdienst besonders viel Salz ausbringt?

OBM. Dr. We i n m a n n : Herr StR. Theilacker, ich kann Ihnen einige Fragen gleich beantworten. Zu den Steinen ist zu sagen, daß Sie leider nicht dabei waren, als der Gemeinderat eine Ortsbesichtigung der Waldheide vorgenommen hat. Die deutsche Polizei hat damals berichtet, daß sie die Amerikaner gebeten hat, die Steine dort hinzulegen. Das war zu der Zeit, als Kamikazefahrer in amerikanische Camps eingedrungen sind. Die deutsche Polizei war sich nicht sicher, daß sie die Waldheide vor solchen Selbstmordfahrern schützen kann. Sie hat die Amerikaner deshalb gebeten, die Steine hinzulegen. Die Stadt besitzt kein Gelände, auf dem, wie Sie es genannt haben, militärischen Abenteuerspielplatz. Es handelt sich ausschließlich um Bundesgelände. Die anderen Anfragen werden wir prüfen und beantworten.

StR. L e p p l e : Meine Fragen, die ich vorhin gestellt habe, sind noch nicht ausreichend beantwortet worden. Ich kann, solange keine klare Aussage gemacht wurde, Ziffer 1 des Antrages so nicht zustimmen. Ziffer 3 des Antrages ist das wesentliche. Die Raketen sollen von der Waldheide verschwinden. Solange sie aber da sind und die Amerikaner selbst keinen Schutz für ihre Soldaten haben, sind wir zur Hilfeleistung verpflichtet. Darüber kann es für mich keinen Zweifel geben. Die Amerikaner sollen, wie Herr Oberbürgermeister erwähnt hat, zur Einrichtung eines eigenen Schutzdienstes aufgefordert werden. Solange es das aber nicht gibt, müssen wir diese Hilfsdienste leisten. Ich sehe also im Moment in diesem Antrag keinen Sinn. Ich bitte die Verwaltung, mir die Frage zu beantworten, welche Leistungen sie speziell für die Raketenstationierung erbringt.

OBM. Dr. W e i n m a n n : Es handelt sich hier um Feuerwehr, Wasser und Elektrizität.

StR. U t z : Ich möchte feststellen, was für ein Wandel in den letzten zwei Jahren hinsichtlich der Gestaltung einer Gemeinderatssitzung über einen solchen Tagesordnungspunkt vor sich gegangen ist. Wenn man an das Frühjahr 1983 zurückdenkt, als die SPD-Fraktion ständig Anträge gestellt hat, über die Sicherheit der Bevölkerung in Bezug auf die Waldheide und der Raketenstationierung zu diskutieren. Damals hat der Oberbürgermeister, wenn unser Fraktionvorsitzender nur den Mund aufgemacht hat, ihm das Wort entzogen. Heute, zwei Jahre später, sieht die Situation ganz anders aus. Aber nur durch die Bemühung der Gerichte konnte überhaupt erst einmal über das, was auf der Waldheide vorgeht, diskutiert werden. Heute, nach dem Unfall am 11. Januar können wir feststellen, daß eine totale Umkehrung innerhalb des Gemeinderates stattgefunden hat. Vielleicht nicht bei allen, aber bei einigen Rednern kann man

feststellen, daß sich deren Auffassung geändert hat. Sie haben sich sehr engagiert dafür eingesetzt, daß die Raketen von der Waldheide wegkommen müssen. Sie sind also unserer Meinung, die wir von Anfang an vertreten haben, beigetreten.

Ich möchte zu unserer Feuerwehr und unseren Rettungsdiensten noch sagen, daß wir festgestellt haben, daß die Feuerwehr nach sechs Minuten am Ort des Geschehens war. Das ist eine hervorragende Leistung. Was die Feuerwehr dort oben angetroffen hat, das konnte sie nicht ahnen. Sie konnte auch nicht ahnen, in welche Gefahr sie sich begeben hat. Ich meine, das ist fast falsches Heldentum, das hier gezeigt worden ist. Es hätte anders kommen können. Wenn die Feuerwehr in das Geschehen, das sie nicht kennt - ich kann nicht glauben, daß sie in solche Dinge eingewiesen ist - eingreifen muß, hätte das zum Nachteil unserer Leute ausgehen können. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen. Herr Oberbürgermeister, ich begrüße deshalb Ihre Meinung, daß die Feuerwehr sich künftig dort oben nicht mehr zu betätigen hat und daß die Armee Rettungsdienste stellen muß. Wenn man die Bilder im Fernsehen gesehen hat, hat man nur deutsche Rettungsfahrzeuge gesehen, die die Hauptarbeit geleistet haben, um die Verletzten zu bergen. Ich habe kein einziges amerikanisches Rettungsfahrzeug gesehen. Ich bin auf das angewiesen, was uns berichtet worden ist, weil ich nicht anwesend war. Ich kann nicht verstehen, daß in einem militärischen Apparat, nachdem er sonst gegenüber der Bevölkerung so abgegrenzt wird, nun die zivilen Dienste eingelassen werden, wenn Gefahr besteht.

Ich habe mir von einigen Feuerwehrleuten sagen lassen, daß sie unter Bewachung haben löschen müssen und zu jedem Feuerwehrmann ein Soldat gestellt worden ist, der alles überwacht hat. Ich meine, es ist fast schon ein wenig übertrieben, was dort geschehen ist. Aufgrund der Diskussion und der Tatsachen ist es nicht übertrieben, wenn man wiederholt die Forderung stellt, daß diese Raketen aufgrund dieses Unfalles schnellstens beseitigt werden müssen. Heilbronn hat durch den Krieg in der Vergangenheit schon großes Leiden hinnehmen müssen.

OBM. Dr. Weinmann: Ich glaube, ich muß jetzt doch etwas sagen, was ich eigentlich nicht sagen dürfte, weil sonst der falsche Eindruck bleibt, daß unsere Feuerwehr praktisch in ein gefährliches Abenteuer geschickt worden ist. Mit dem Hinweis darauf, daß es sich bei der Feuerwehr um Beamte handelt und Beamte einer Verschwiegenheitspflicht unterliegen, möchte ich trotzdem erklären, daß die Feuerwehr vorher genau über den Inhalt dieser Container unterrichtet worden ist. Sie hat daran geübt und ist in Kenntnis der möglichen Gefahren gewesen, die dort auf sie zukommen könnten.

Frau StR. K a p p : Wesentliche Erkenntnisse aus dem Unfall sind für mich, daß uns niemand versichern kann, daß nicht noch Schrecklicheres passieren kann. Daran ändert auch ein Untersuchungsbericht nichts. Da wir aber alle überzeugt zu sein scheinen, daß die Raketen weg müssen, sollten wir schnellstmöglich konkrete Maßnahmen überlegen, wie wir vorgehen können. Da wäre z.B. als Grundlage der offene Brief von Herrn Maier, daß der Gemeinderat einen Demonstrationzug anführt. Ich schlage deshalb vor, daß wir aus jeder Fraktion Mitglieder zur Verfügung stellen, um anschließend an diese Sitzung eine Gruppe zu bilden, die die Vorgehensweise dieser Aktion beschließt und sich auch weitere effektive Maßnahmen überlegt.

Frau StR. E r l e w e i n - H ü g e l : Der Unfall hat in erschreckender Weise deutlich gemacht, in welcher Gefahrenzone wir Heilbronner ständig leben. Ich meine, im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt ist es erforderlich, daß man den eindeutig formulierten Anträgen der SPD zustimmt. Ich ermuntere die CDU, die tatsächliche Situation zu sehen und nicht den Kopf in den Sand zu stecken. Herr Kübler, Sie haben die Sendung "Monitor" verniedlicht und die von uns in Aussicht gestellten Unfallgefahren seit Monaten vertuscht. Sie müßten eigentlich aus dem ganzen Vorgang eine Konsequenz ziehen. Ich erwarte das heute von Ihnen. Ich möchte Sie bitten, daß Sie unseren Anträgen im Interesse der Sicherheit unserer Bürger und aufgrund der Verantwortlichkeit, die Sie der Stadt gegenüber haben, beitreten. Ich möchte auch noch erwähnen, daß heute viel Lobendes über unsere Feuerwehr gesagt wurde. Sicherlich war der Einsatz der Feuerwehr vorbildlich. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß wir unsere Mannschaft in eine Gefahrenzone geschickt haben. Es hätte genauso für die Männer unserer Feuerwehr zu tragischen Umständen kommen können. Ich bitten Sie, auch das bei Ihrer Entscheidung zu berücksichtigen. Alles ist jetzt noch einmal gut gegangen und man läßt alles unter den Tisch fallen. Ich möchte Sie bitten, daß Sie keiner Abschwächung unserer Anträge folgen.

O B M. Dr. W e i n m a n n : Ich möchte vorschlagen, daß wir nachher die Sitzung unterbrechen und die Fraktionsvorsitzenden sich nochmals bei mir treffen, um sich zu unterhalten.

StR. N i e t h a m m e r : Ich bin zunächst dankbar, daß Sie uns diese Information über die Beteiligung der Heilbronner Feuerwehr gegeben haben. Jeder hat gewußt, daß die Feuerwehr, an dem Tag als die Container kamen, dort oben war. Ich bin zufällig an dem Abend hinter dem Kommandowagen der Feuerwehr hergefahren. Es war also ein offenes Geheimnis, daß die Feuerwehr an der Aufstellung dieser Raketen beteiligt war, und sie an diesen Dingen orientiert wurde.

Zur Sache selbst ist nun alles gesagt worden, was notwendig war. Zu den Bedenken der FDP zu Ziffer 1 unseres Antrages möchte ich sagen, daß sie eigentlich, wie auch Ziffer 2, vorbeugend gedacht ist. Sicher wollen wir, daß die Raketen so schnell wie möglich beseitigt werden. Dann braucht man keine Hilfsdienste mehr. Wenn sie aber, was anzunehmen ist, nicht sofort wegkommen, meinen wir, daß der Gemeinderat schon vorbeugend aussagen muß, daß er nicht bereit ist, freiwillig irgendwelche Hilfsdienste, die wir im einzelnen noch nicht absehen können, zu leisten. Wir sind gesetzlich schon zum Katastrophenschutz verpflichtet. Diese gesetzliche Verpflichtung kann der Gemeinderat gar nicht aufheben. Deswegen wird die Feuerwehr immer kommen müssen, und dies auch selbstverständlich tun, wenn dort etwas passiert. Es könnten ja - und das ist rein vorbeugend gedacht - Fälle eintreten, bei denen wir nicht verpflichtet wären, sondern bei denen es nur ein Freundschaftsdienst gegenüber den Verbündeten wäre. Dann würden wir nein sagen.

Zu den Anträgen der CDU-Fraktion möchte ich sagen, daß man darüber reden kann, Ihren Anträgen zuzustimmen, aber nicht alternativ zu unseren Anträgen, sondern kumulativ. In dem ersten Antrag nehmen Sie eine bemerkenswerte Haltung ein, nämlich daß man auch die Bündnispartner auffordern sollte zu überprüfen, daß Atomraketen künftig nicht mehr in Ballungsgebieten untergebracht werden sollten. Wir sehen darin zusätzlich zu unserem Antrag die Aufforderung, dann auch nicht alternativ in Würzburg oder bei Regensburg oder Frankfurt zu stationieren. Insofern sehen wir durchaus eine sinnvolle Ergänzung, denn natürlich wollen wir das, was wir in Heilbronn nicht haben wollen, auch niemand anderem in einem Ballungsgebiet zumuten. Unter diesem Aspekt könnten wir dem Antrag durchaus zustimmen. Wir könnten auch Ihrem Antrag zustimmen, jetzt sofort sämtliche Raketeneübungen einzustellen. Ich halte dies eigentlich für selbstverständlich. Ich halte es aber zusätzlich zu unseren Anträgen für unschädlich. In diesem Fall ist wirklich alles Notwendige auszusagen.

Ich möchte noch einen Vorschlag machen. Es geht ja nicht nur um die Übungen an den Raketen. Wir sind der Meinung, daß man auch gar keine neuen Raketen mehr auspacken darf, nachdem man gemerkt hat, daß dabei ein solches Unglück passieren kann. Vielleicht könnte man das noch mit aufnehmen. Unter der Maßgabe, daß wir zusätzlich zu unseren Anträgen die Anträge der CDU übernehmen, meine ich, daß hier ein Einvernehmen stattfinden könnte. Ich kann mir nicht vorstellen, meine Damen und Herren von der CDU, daß Sie, gleich was das Untersuchungsergebnis nun bringt, bereit wären, auf jeden Fall die Raketen zu halten. Heilbronn ist doch Ballungsgebiet. Sie bringen mit Ihrem Antrag zum Aus-

(Die Sitzung wird daraufhin unterbrochen)

druck, daß solche Raketen nicht in einem Ballungsgebiet sein sollten. Heilbronn ist und bleibt Ballungsgebiet, deshalb müßten Sie unserem Antrag, daß die Raketen aus Heilbronn verschwinden müssen, konsequenterweise zustimmen.

StR. S c h m i d t : Daß auch ich durch den Raketenunfall betroffen bin, brauche ich wohl nicht besonders zu erwähnen. Wie sieht es aber bei unseren Mitbürgern aus? Wie ist das Stimmungsbild in der Bevölkerung? Seit dem Raketenunfall auf der Waldheide bin ich von einigen Bürgern angesprochen worden, die folgende Fragen gestellt haben: Wie geht es jetzt weiter? Wie sollen wir uns jetzt verhalten? Müssen wir irgendwelche Vorsorgemaßnahmen treffen? Was können wir als Bürger gegen diese Bedrohung, die auch schon in Friedenszeiten vorhanden ist, tun? Das Sicherste ist wohl, daß man soweit wie möglich von Heilbronn wegzieht.

Nein, nicht der bedrohte Mensch soll aus unserer Stadt wegziehen, sondern die schrecklichen Waffen, von denen die Bedrohung ausgeht, müssen aus unserer Stadt verschwinden, und zwar so schnell wie möglich. Ich denke, darin sind wir uns einig. Ich möchte Sie auffordern, Ziffer 3 des Antrages der SPD, in der es heißt, die Verwaltung wird beauftragt, die unverzügliche Beseitigung der Atomraketen aus dem Stadtgebiet zu fordern, mit besonderem Nachdruck zu verfolgen und zu bearbeiten. Währenddessen wird auf unserer Waldheide weiterhin stationiert und Raketen werden installiert, die in der Lage sind, die gesamte Schöpfung auszulöschen, ohne Verzögerung und Bedenken. Was muß denn noch geschehen, um die Stationierung in Heilbronn zu stoppen? Auch die Tiefflieger kreisen trotz der jetzigen Situation bedenkenlos weiter über unserer Stadt. Ist dies eine Provokation? Ich bin zutiefst empört über diese Provokation und fordere die Verwaltung auf, endlich mit entschiedenem Nachdruck bei den zuständigen Stellen die Einstellung der Tiefflüge über unserer Stadt zu fordern. Das ist, insbesondere nach dem Raketenunfall, aufgrund dessen die Bevölkerung beunruhigt und zutiefst besorgt ist, ein berechtigtes Anliegen unserer gesamten Heilbronner Bürgerschaft.

Frau StR. K r e h : Es ist hier häufig davon gesprochen worden, daß die Raketen aus dem Ballungsgebiet verschwinden sollen. Ich kann dem zustimmen, möchte aber anmerken, daß es nicht nur darum geht, die Raketen aus den Ballungsgebieten verschwinden zu lassen, sie müssen überhaupt verschwinden. Es ist im Prinzip ganz egal, ob sie irgendwo tief im Wald oder bei einer Stadt stehen.

OBM. Dr. W e i n m a n n : Ich möchte dem Wunsch von Herrn StR. Kübler entsprechen, die Sitzung zu unterbrechen.

(Die Sitzung wird daraufhin unterbrochen)

Nach Wiedereröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden führt OBm. Dr. Weinmann aus: Wir haben versucht, nachdem im Verlauf der Debatte sehr viel Gemeinsames erklärt worden ist, einen interfraktionellen Antrag zu formulieren.

Erster BM. G i e b l e r : Der interfraktionelle Antrag hat folgenden Wortlaut:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Hinweis auf das Raketenunglück auf der Waldheide vom 11. Januar 1985 bei den zuständigen Stellen (Bündnispartner, Bund und Land) die unverzügliche Beseitigung des Raketenstandortes Heilbronn zu fordern, weil Stationierungsorte grundsätzlich aus Ballungsgebieten zu entfernen sind.
2. a) Die Verwaltung wird beauftragt, die zuständigen Stellen aufzufordern, bis zur endgültigen Klärung der Unfallursachen vom 11. Januar 1985 sämtliche Raketenübungen und Raketentransporte auf dem Gebiet der Stadt Heilbronn sowie das Überfliegen der Waldheide einzustellen.  
b) Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, mit der US-Armee Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, daß die US-Armee freiwillig auf Transporte gefährlicher Güter auf der Waldsteige und durch bewohntes Gebiet verzichtet.
3. Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat jährlich über den Umfang der Hilfsdienste für die Militäranlage Waldheide sowie über den dadurch entstandenen Kostenaufwand.
4. Der Oberbürgermeister führt baldmöglichst zusammen mit Vertretern der Gemeinderats-Fraktionen Gespräche mit den in Betracht kommenden deutschen und amerikanischen Stellen über Fragen und Probleme, die im Zusammenhang mit dem Pershing-II-Unfall auf der Waldheide vom 11. Januar 1985 aufgetreten sind."

Bei der Abstimmung über den interfraktionellen Antrag ergibt sich Einstimmigkeit.

Der Antrag ist somit a n g e n o m m e n .

StR. N i e t h a m m e r : Es gibt zwei Anträge, über die noch keine Einigung erzielt werden konnte. Wir möchten diese noch zur Abstimmung stellen.

Ich möchte ausdrücklich zu Ziffer 1 des gerade beschlossenen Antrages erklären, daß die SPD-Fraktion mit diesem Antrag nicht der Auffassung ist, daß man diese Raketen auf der Waldheide anderen Orten, gleich ob Ballungsgebiet oder nicht, in der Bundesrepublik zumuten kann, sondern daß nach unserer Überzeugung unter Ballungsgebiet die gesamte Bundesrepublik Deutschland zu verstehen ist.

Ich bitte noch, folgenden A n t r a g zur Abstimmung zu stellen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, nur im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtungen Hilfsdienste städtischer Einrichtungen im Bereich der Raketenstationierung Waldheide zu leisten.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Bürgerversammlung zur Information der Bevölkerung über Hintergründe, Ursachen und Folgen des Raketenunglückes auf der Waldheide einzuberufen."

Wir gehen davon aus, daß die Information erfolgt, sobald Sie selbst umfassend informiert sind.

Frau StR. F u c h s : Auch die CDU-Fraktion hat eine Zusatzerklärung abzugeben, die wie folgt lautet:

Wir können nach wie vor schon aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen nicht mitziehen, wenn der Versuch unternommen wird, eine Stationierung über den Weg der Kommunen zu verhindern. Deshalb mußte die CDU-Fraktion auf dem Zusatz bestehen, daß Stationierungsorte aus Ballungsgebieten wie Heilbronn in andere, nicht besiedelte Gebiete zu verlegen sind. Unsere grundsätzliche Befürwortung des Natodoppelbeschlusses wird hiervon nicht tangiert.

StR. T h e i l a c k e r : Wir schließen uns dem Antrag wie ihn die SPD formuliert hat, und wie er auch Grundlage des gemeinsamen Antrages war, an.

Wir möchten auch die Erklärung abgeben, daß für uns Ballungsgebiete und weniger bewohnte Gebiete eines sind. Für uns ist die Bundesrepublik das Ballungsgebiet.

Ich stelle zusätzlich den A n t r a g :

"Der Gemeinderat führt baldmöglichst eine Kundgebung oder einen Protestmarsch an. Am Ende der Sitzung werden Termin und Form abgesprochen."

StR. N i e t h a m m e r : Ich möchte den Antrag auf Bürgerversammlung etwas kürzer fassen. Er lautet:

"Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zum Thema Raketenunglück auf der Waldheide eine Bürgerversammlung einzuberufen."

Die Bürgerversammlung kann nach unserem Verständnis dann erfolgen, wenn Sie über die Situation informiert sind.

StR. T h e i l a c k e r : Herr Niethammer, ich hätte eine Ergänzung bei Ihrem Antrag zu machen, und zwar: "...zum Thema Raketenunglück und Folgen...".

StR. N i e t h a m m e r : Das ist selbstverständlich.

StR. T h e i l a c k e r : Vom Wortlaut her ist dies nicht selbstverständlich.

Über den Antrag, eine Bürgerversammlung durchzuführen, ergeben sich eine Gegenstimme und vier Stimmenthaltungen.

Der Antrag ist somit **a n g e n o m m e n**.

- - - - -

OBM. Dr. W e i n m a n n : Ich habe mich der Stimme enthalten, weil ich der Ansicht bin, daß die Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung über die Medien bestens funktioniert und ich in der Tat meine Erfahrungen gemacht habe, daß bei großen Veranstaltungen eine sachliche Diskussion nicht möglich ist.

Frau StR. F u c h s : Herr Oberbürgermeister, ich möchte mich Ihrer Formulierung anschließen. Deshalb habe auch ich mich der Stimme enthalten. Ich glaube nicht, daß hier etwas wirklich Positives erreicht werden könnte.

OBM. Dr. W e i n m a n n : Es steht nun der Antrag von Herrn StR. Niethammer, der mit dem von Herrn StR. Theilacker deckungsgleich ist, zur Abstimmung. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

"Die Verwaltung wird beauftragt, nur im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtungen Hilfsdienste städtischer Einrichtungen im Bereich der Raketenstationierung Waldheide zu leisten."

Ich werde dem Antrag nicht zustimmen, weil ich den Amerikanern gelegentlich auch entgegenkommen möchte. Die Amerikaner haben der Stadt Heilbronn so viele Dienste erbracht, zum Beispiel große Bäume auf das Gelände der Landesgartenschau gepflanzt. Die Amerikaner haben uns auch geholfen, Sportplätze geradzuschieben. Alle Vereine haben schon Hilfsdienste der Amerikaner angenommen, was der Stadt Heilbronn sehr viel Geld erspart hat. Wenn ich mit einer kleinen Kulanzgeste den Amerikanern entgegenkommen kann, möchte ich das im Rahmen meiner Befugnisse auch weiterhin tun.

StR. N i e t h a m m e r : Ich möchte hier klarstellen, daß wir keineswegs dagegen sind, daß wir irgendwo den Amerikanern Hilfsdienste leisten. Der Antrag bezieht sich nur auf den Bereich der Raketenstationierung Waldheide.

OBM. Dr. W e i n m a n n : Ich werde auf jeden Fall jede einzelne Entscheidung sorgfältig prüfen. Ich werde aber diesem Antrag nicht zustimmen.

Bei der Abstimmung über den Antrag ergeben sich 20 Stimmen für den Antrag, 17 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Antrag ist damit **a n g e n o m m e n**.

Somit ist

b e s c h l o s s e n :

1. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Hinweis auf das Raketenunglück auf der Waldheide vom 11. Januar 1985 bei den zuständigen Stellen (Bündnispartner, Bund und Land) die unverzügliche Beseitigung des Raketenstandortes Heilbronn zu fordern, weil Stationierungsorte grundsätzlich aus Ballungsgebieten zu entfernen sind.
2. a) Die Verwaltung wird beauftragt, die zuständigen Stellen aufzufordern, bis zur endgültigen Klärung der Unfallursachen vom 11. Januar 1985 sämtliche Raketenübungen und Raketentransporte auf dem Gebiet der Stadt Heilbronn sowie das Überfliegen der Waldheide einzustellen.  
b) Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, mit der US-Armee Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, daß die US-Armee freiwillig auf Transporte gefährlicher Güter auf der Waldsteige und durch bewohntes Gebiet verzichtet.
3. Die Verwaltung berichtet dem Gemeinderat jährlich über den Umfang der Hilfsdienste für die Militäranlage Waldheide sowie über den dadurch entstandenen Kostenaufwand.
4. Der Oberbürgermeister führt baldmöglichst zusammen mit Vertretern der Gemeinderats-Fraktionen Gespräche mit den in Betracht kommenden deutschen und amerikanischen Stellen über Fragen und Probleme, die im Zusammenhang mit dem Pershing-II-Unfall auf der Waldheide vom 11. Januar 1985 aufgetreten sind.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, zum Thema Raketenunglück auf der Waldheide und Folgen eine Bürgerversammlung einzuberufen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, nur im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtungen Hilfsdienste städtischer Einrichtungen im Bereich der Raketenstationierung Waldheide zu leisten.

- - - - -

O B M . D r . W e i n m a n n : Herr StR. Theilacker, zu Ihrem Antrag hinsichtlich der Kundgebung möchte ich sagen, daß der Gemeinderat das höchste Organ der Repräsentation der gesamten Bevölkerung ist. Wir können hier Resolutionen fassen, Sie können den Oberbürgermeister und die Verwaltung beauftragen. Wir tun alles, was Sie wollen und beschließen. Ich persönlich meine, mir wäre der Gemeinderat als das oberste Organ zu schade, um auf die Straße zu gehen.

Stadt Fortsetzung zu Nr. 8 vom 24. Januar 1985

St.-Druck Nr.

436

StR. Niethammer: Die SPD-Fraktion ist sich sicher nicht zu schade, in dieser Frage auf die Straße zu gehen. Aber Herr Theilacker, auch ich bin der Meinung, daß wir das jetzt nicht über das Knie brechen sollten. Ich finde, Sie bringen uns in einen Zugzwang. Wenn wir das morgen in aller Ruhe besprechen, kommen wir vielleicht zu einer Einigung. Sie können ohnehin niemanden zwingen, mitzumarschieren. Es marschieren nur diejenigen, die wollen. Ich meine wir sollten über diese Angelegenheit nochmals reden. Ziehen Sie zunächst Ihren Antrag zurück.

StR. Kübler: Ich kann mich den Ausführungen von Herrn Niethammer nur anschließen. Dieses Gremium kann einzelne Mitglieder nicht durch einen Beschluß zwingen, an irgendwelchen Demonstrationen teilzunehmen. Das wäre auch gar nicht demokratisch. Herr Theilacker, Sie sollten sich wirklich überlegen, welche Forderung Sie in den Raum bringen.

StR. Theilacker: Mir geht es nicht darum, irgend jemanden per Beschluß zu zwingen. Jeder macht das mit seinem Gewissen aus. Ich bin nicht froh darüber, daß der Zungenschlag hereingekommen ist als ob wir irgend jemanden verpflichten wollten, etwas gegen seine Überzeugung zu tun. Das soll auf freiwilliger Basis geschehen. Ich bin gerne bereit, später - auch morgen - darüber zu reden. Ich habe gedacht, daß wir heute eine kurze Vorabklärung machen, aber wenn wir das morgen tun ist das auch nicht schlecht. Irgendwann in der nächsten Zukunft sollte man sich über Form und Möglichkeiten unterhalten, wie der Gemeinderat als Vertreter der Bürgerschaft agieren kann.

#### Antrag

zur Aufnahme in die Tagesordnung spätestens der übernächsten Gemeinderatssitzung (§ 14 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Rahmen ihrer Zuständigkeit alles zu unterlassen, was der Aufrechterhaltung der Atomkraftstillschließung auf dem Gebiet der Stadt dient, insbesondere alle Hilfsdienste von städtischen Katern und Einrichtungen (Feuerwehr u.ä.) abzulehnen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, alles zu unternehmen, um Rekrutierungen der NS-Schweikräfte im Stadtgebiet, außerhalb des ausgewiesenen Militärgeländes, zu verhindern."

Stadt Heilbronn	Dez. I	Amt: Rechtsamt Amt für öffentliche Ordnung	Datum: 08.11.1984	GR-Drucks. Nr. <b>436</b>
	IV	Az. 32.1 App. 2030		
V o r b e r a t u n g			E n t s c h e i d u n g	
V B Wi We JWA OR			V B Wi We JWA OR GR BMA	
<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	
Tag.                    ö. <input type="checkbox"/> nö. <input type="checkbox"/>			Tag: 22.11.1984            ö. <input checked="" type="checkbox"/> nö. <input type="checkbox"/>	
Betreff: Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion und des Stadtrats der GRÜNEN vom 18. Oktober 1984 zur Aufnahme in die Tagesordnung - Raketenstationierung in Heilbronn -				

10.95.84

I. Antrag:

Ziffer 1 und 2 des Antrags der SPD-Gemeinderatsfraktion sowie des Stadtrats der GRÜNEN vom 18. Oktober 1984 wird

a b g e l e h n t .

I. Sachverhalt

Mit Schreiben vom 18. Oktober 1984 stellte die SPD-Gemeinderatsfraktion und der Stadtrat der GRÜNEN

"Antrag

zur Aufnahme in die Tagesordnung spätestens der übernächsten Gemeinderatssitzung (§ 34 Absatz 1 Satz 4 der Gemeindeordnung):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen ihrer Zuständigkeit alles zu unterlassen, was der Aufrechterhaltung der Atomraketenstationierung auf dem Gebiet der Stadt dient, insbesondere alle Hilfsdienste von städtischen Ämtern und Einrichtungen (Feuerwehr u.ä.) abzulehnen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, alles zu unternehmen, um Raketenübungen der US-Streitkräfte im Stadtgebiet, außerhalb des ausgewiesenen Militärgeländes, zu verhindern."

Das ist etwas ganz anderes. Was glauben Sie, welchen Sinn Abschreckungen haben sollen, wenn auf der Waldheide Raketen ohne Sprengköpfe in einer Schnellstartstellung stehen? Wenn wirklich ein Schnellstart erfolgen soll, glauben Sie doch sicher nicht, daß diese erst hierher transportiert werden. Natürlich sind die in der Bereitschaft befindlichen Raketen mit solchen Sprengköpfen bestückt. Es mag sein, daß mit diesen Raketen keine Übungen mehr stattfinden. Wir haben aber gehört, daß keineswegs eine Übung an der ausgebrannten Rakete zum Unfall geführt hat, sondern etwas, das man sich heute noch gar nicht erklären kann. Das kann doch genauso an einer Rakete passieren, die auf der Betonpiste steht und darauf wartet, daß sie abgeschossen wird. Wir können das doch gar nicht ausschließen. Auch die Amerikaner haben das bisher noch nicht ausgeschlossen. Gerade die amerikanische Presse hat am deutlichsten auf die Gefahr einer möglichen Miteinbeziehung von Nuklearsprengköpfen bei einem solchen Unfall hingewiesen. Wir Deutschen und die Presse, die besonders begeistert bei der Nachrüstung mitgezogen hat, haben alles heruntergespielt. Die FAZ hat einen Artikel von etwa 5 cm Länge gebracht, in dem es geheißen hat, daß es sich um einen Brand von Rakentreibstoff gehandelt hat, und man dies um Gottes willen nicht hochspielen soll.

Das ist also der Unterschied zwischen der Beurteilung von Amerikanern und der deutschen Presse, die vor lauter Engagement für die Nachrüstung die objektive Gefährlichkeit des Unfalles überhaupt nicht mehr klar zu sehen im Stande ist. Daß es, aus dem Interesse der Stadt Heilbronn heraus, nur noch eine Forderung geben kann, nämlich die Raketen ohne Wenn und Aber, mit oder ohne Untersuchungsergebnis, zu beseitigen, sollte am heutigen Tage selbstverständlich sein. Nicht nur im Spiegel oder in der Stuttgarter Zeitung, sondern auch in der amerikanischen Presse hat man lesen können, daß das ganze Pershing-System im Grunde genommen unter einem Unglücksstern stand. Von 19 Versuchen, die mit diesem System unternommen worden sind, sind 11 fehlgeschlagen oder waren fehlerhaft. Mit diesem mangelhaften, um nicht zu sagen "liederlichen" System hantieren in Heilbronn Bedienungsmannschaften herum, die bisher noch nicht damit zu tun hatten. Die Teile werden hier ausgepackt und fangen an zu brennen. Die Leute wissen gar nicht, wie sie auf einen solchen Unfall reagieren sollen. Von der Feuerwehr hat man erfahren, daß die Amerikaner herumgelaufen sind, wie verscheuchte Hühner. Es waren Leute, die anscheinend vorher niemals eine Pershing II gesehen haben, geschweige denn in der Lage waren, mit ihnen wirklich zu üben.

Zu dem Antrag ergeht folgende Stellungnahme:

Zu Ziffer 1.:

Der "Aufrechterhaltung der Atomraketenstationierung" dient mittelbar auch die Ver- und Entsorgung der Verteidigungsanlage Heilbronn auf der Waldheide. Die Stadt ist nach Artikel 48 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (ZA NTS) vom 3. August 1959 (BGBl. 1961 II S. 1183) verpflichtet, die Stationierungsstreitkräfte unter anderem mit Wasser zu versorgen. In Erfüllung dieser Verpflichtung liefert die Stadt den US-Streitkräften Wasser nach den Allgemeinen Versorgungs-Bedingungen (AVB-Wasser). Die Entsorgung erfolgt durch die US-Streitkräfte selbst.

Nach Art. 63 Abs. 3 ZA NTS erhält "eine Truppe und ein ziviles Gefolge Verwaltungsleistungen und Verwaltungshilfe einschließlich der Leistungen der deutschen Polizei, des deutschen öffentlichen Gesundheitswesens und des deutschen Feuerschutzes, sowie meteorologische, topographische und kartographische Leistungen in zumindest demselben Umfange unentgeltlich wie die Bundeswehr. Das Gleiche gilt für die Benutzung schiffbarer Gewässer."

Die Feuerwehr hat nach § 2 Abs. 1 des Feuerweggesetzes (FwG) in der Fassung vom 27. November 1978 (GBl. 1979 S. 2) "bei Schadenfeuer (Bränden) und öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse, Einstürze, Unglücksfälle und dergleichen verursacht sind, Hilfe zu leisten und den einzelnen und das Gemeinwesen vor hierbei drohenden Gefahren zu schützen. Im übrigen hat die Feuerwehr zur Rettung von Menschen und Tieren aus lebensbedrohenden Lagen technische Hilfe zu leisten."

Die Aufgaben der Feuerwehr ergeben sich abschließend aus dieser Bestimmung. Absatz 1 nennt die Aufgaben, die der Feuerwehr kraft Gesetzes als Pflichtaufgaben obliegen. Die Aufgaben nach § 2 FwG sind polizeiliche Aufgaben im Sinne von § 1 Abs. 1 des Polizeigesetzes für Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Januar 1968 (GBl. S. 61). Diesen gesetzlichen Verpflichtungen kann sich die Stadt nicht entziehen.

Da der Antrag sonach zwingenden gesetzlichen Bestimmungen widerspricht, ist er unzulässig. Im Falle seiner Annahme müßte der Oberbürgermeister einem solchen Gemeinderatsbeschluß gemäß § 43 Abs. 2 Gemeindeordnung widersprechen.

Zu Ziffer 2.:

Nach Art. 45 Abs. 1 ZA NTS hat eine Truppe, die ihre Ausbildung nicht ohne Beeinträchtigung ihrer Ausbildungsziele auf den ihr zu ständiger Benutzung überlassenen Liegenschaften durchführen kann, das Recht, "außerhalb dieser Liegenschaften Manöver und andere Übungen in dem Umfang durchzuführen, der zur Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgabe erforderlich ist und mit den von dem Obersten Befehlshaber der Verbündeten Streitkräfte in Europa oder einer anderen zuständigen Behörde der Nordatlantikvertragsorganisation etwa herausgegebenen Befehlen oder Empfehlungen übereinstimmt."

Die Stadt hat ihre Rechte und die berechtigten Interessen Einzelner bisher stets gewahrt, soweit dies in Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben geschah. Sie hat deshalb im Einzelfall Einwendungen gegen die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen in Wasserschutz- und Naherholungsgebieten im Stadtkreis Heilbronn erhoben, und wird dies auch künftig tun.

Aufgrund der Bestimmungen des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut in Verbindung mit § 69 des Bundesleistungsgesetzes i.d.F. vom 27. September 1961 (BGBl. I S. 1770) erfolgt die Unterrichtung über Manöver oder andere Übungen wie folgt:

Die zuständige militärische Dienststelle des jeweiligen Entsendestaates - bei den US-Streitkräften ist dies das Hauptquartier in Heidelberg - meldet jeweils dem zuständigen Regierungspräsidium Zeitpunkt, Dauer und ungefähren Umfang der militärischen Übung. Das Regierungspräsidium unterrichtet hiervon die betreffenden Stadt- und Landkreise sowie die Landespolizeidirektion Stuttgart I. In der Mitteilung werden keine Angaben gemacht, ob und welche Waffen mitgeführt werden. Jeweils eine der Mitteilungen des Regierungspräsidiums geht zur eventuellen Schadensregulierung an das Amt für Verteidigungslasten.

Für die Benutzung der öffentlichen Verkehrswege ohne Inanspruchnahme von Grundstücken erfolgen keine Meldungen, da diese Benutzung den Truppen der NATO nach Art. 57 ZA NTS im Rahmen des Gemeingebrauchs, der für jedermann gilt, gestattet ist. Nach Art. 57 Abs. 1 ZA NTS sind "eine Truppe, ein ziviles Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen berechtigt, mit Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen die Grenzen der Bundesrepublik zu überqueren sowie sich im und über dem Bundesgebiet zu bewegen." Hierbei sind die deutschen Verkehrsvorschriften zu beachten. Eine Sperrung der Jägerhausstraße bzw. Jägerhaussteige für militärische Schwertransporte kann nach § 45 StVO nur aus Gründen der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs erfolgen. Die Voraussetzungen hierzu liegen jedoch nicht vor. Eine Sperrung oder Einschränkung der Befahrbarkeit wäre somit rechtswidrig. Der Zustand der Straße läßt gegen das Befahren mit militärischen Schwertransporten keine baulichen Bedenken aufkommen. Im übrigen trifft die Stadt die Er-

schließungspflicht für das Gelände der Waldheide. Auch wird nach bisherigen Feststellungen die Jägerhaussteige von militärischen Schwertransporten verhältnismäßig selten benutzt.

Das Amt für öffentliche Ordnung gibt unter Hinweis auf § 69 des Bundesleistungsgesetzes von dem ihm bekanntgewordenen Manöver oder anderen Übungen eine Presseveröffentlichung in ortsüblicher Weise heraus, aus der unter anderem entnommen werden kann, wo eventuell verursachte Schäden anzumelden sind. Ergeben sich Anhaltspunkte für eine unzulässige Inanspruchnahme von Grundstücken und öffentlichen Straßen, werden unverzüglich Einwendungen erhoben.

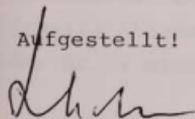
Aufgrund der vorgenannten Rechtsgrundlagen ist ein Beschluß des Gemeinderates zur "Verhinderung von Raketenübungen der US-Streitkräfte im Stadtgebiet", wie in Ziffer 2 des Antragsschreibens der SPD-Gemeinderatsfraktion und des Stadtrats der GRÜNEN vom 18. Oktober 1984 gefordert, gesetzwidrig, da er den Bestimmungen des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die geltendes innerstaatliches deutsches Recht sind, widerspricht. Im Falle seiner Annahme müßte auch hier der Oberbürgermeister einem solchen Gemeinderatsbeschluß gemäß § 43 Abs. 2 Gemeindeordnung widersprechen.

Es wird darauf hingewiesen, daß mit dieser Drucksache Ziffer 4 des Gemeinderatsbeschlusses vom 19. Juli 1984 - Nr. 233 - und Ziffer 2 der schriftlichen Anfrage der SPD-Fraktion sowie die Anfrage des Stadtrats der GRÜNEN, jeweils vom 18. Oktober 1984, beantwortet sind.

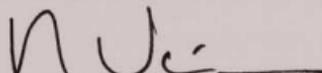
#### I. Finanzwirtschaft

Keine Auswirkung.

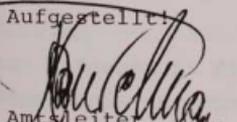
Aufgestellt!

  
Amtsleiter  
für Amt 30

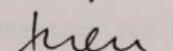
Gesehen!

  
Oberbürgermeister

Aufgestellt!

  
Amtsleiter  
für Amt 32

Gesehen!

  
Dezernent IV

Stadt Heilbronn	Dez. I	Amt: Rechtsamt Amt für öffentliche Ordnung	Datum: 17.01.1985	GR-Drucks. Nr. <b>44</b>																												
	IV	Az.: 30-T.245/84 32.1	App.: 2755 2030																													
Vorberatung			Entscheidung																													
<table border="1"> <tr><td>V</td><td>B</td><td>Wi</td><td>We</td><td>JWA</td><td>OR</td></tr> <tr><td>X</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr> </table>			V	B	Wi	We	JWA	OR	X						<table border="1"> <tr><td>V</td><td>B</td><td>Wi</td><td>We</td><td>JWA</td><td>OR</td><td>GR</td><td>BMA</td></tr> <tr><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td>X</td><td></td></tr> </table>		V	B	Wi	We	JWA	OR	GR	BMA							X	
V	B	Wi	We	JWA	OR																											
X																																
V	B	Wi	We	JWA	OR	GR	BMA																									
						X																										
Tag: 14.01.1985 ö. <input type="checkbox"/> nö. <input checked="" type="checkbox"/>			Tag: 24.01.1985 ö. <input checked="" type="checkbox"/> nö. <input type="checkbox"/>																													
Anlage: Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 14.01.1985																																
<b>Betreff:</b> Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion und des Stadtrats der GRÜNEN vom 18. Oktober 1984 zur Aufnahme in die Tagesordnung - Raketenstationierung in Heilbronn -																																

10.95.84

I. Antrag:

Über den Antrag des Stadtrats der Grünen vom 18.10.1984 und den Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 18.10.1984 in der Form des Ergänzungsantrages vom 14.1.1985 abzustimmen.

Sachverhalt:

Es wird auf die Gemeinderatsdrucksache Nr. 436 vom 8.11.1984 verwiesen, die in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 14.1.1985 vorberaten wurde. In dieser Sitzung hat die SPD-Gemeinderatsfraktion zu Nr. 1 und 2 ihres Antrages vom 18.10.1984 jeweils Abänderungs- und Ergänzungsanträge gestellt sowie unter der Nr. 3 einen neuen Zusatzantrag.

In der Form der im Verwaltungsausschuss gestellten Ergänzungs- und Zusatzanträge lautet der Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion nunmehr wie folgt (Ergänzungen in anderem Schriftbild):

"Antrag

zur Aufnahme in die Tagesordnung spätestens der übernächsten Gemeinderatssitzung (§ 34 Abs. 1 Satz 4 GemO):

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen ihrer Zuständigkeit alles zu unterlassen, was der Aufrechterhaltung, Atomraketenstationierung auf dem Gebiet der Stadt Waldheide, insbesondere alle Hilfsdienste von städtischen Ämtern und Einrichtungen (Feuerwehr u.ä.) abzulehnen, soweit die Stadt hierzu nicht gesetzlich verpflichtet ist. Die Verpflichtung ist in jedem Einzelfall sorgfältig zu prüfen. Die Verwaltung hat dem Gemeinderat jährlich über den Umfang der Hilfsdienste für die Militäranlage Waldheide sowie über den dadurch entstandenen Kosten aufwand.
  
2. Die Verwaltung wird beauftragt, alles rechtlich Zulässige unternehmen, um Raketenübungen der US-Streitkräfte im Stadtgebiet, ausserhalb des ausgewiesenen Militärgeländes zu verhindern.  
Insbesondere wird die Verwaltung beauftragt, die zuständigen Behörden darauf hinzuweisen, dass Raketenübungen ausserhalb der Waldheide unerwünscht sind, sobald sie von solchen Übungen erfährt. Die Verwaltung wird ausserdem beauftragt, mit der US-Army Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, dass die US-Army freiwillig auf Raketen Transporte und Transporte ähnlich gefährlicher Güter über die Waldheide verzichtet.
  
3. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Hinweis auf das Raketenabkommen auf der Waldheide vom 11. Januar 1985, bei den zuständigen Stellen (Adressaten des Gemeinderatsbeschlusses vom 19.7.1984) die unverzügliche Beseitigung der Atomraketen aus dem Stadtgebiet zu fordern.

### III. Rechtliche Beurteilung:

Aufgrund der bekannten Urteile des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg vom 29.5.1984 ( 1 S 474/84, 1 S 157/84, 1 S 252/84, 1 S 496/84 ) ist der Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion in die Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung aufzunehmen, da das Quorum nach § 34 Abs. 1 Satz 4 GemO erreicht ist.

Während der am 18.10.1984 gestellte ursprüngliche Antrag gesetzwidrig, unzulässig und, wie in der Drucksache Nr. 10/84

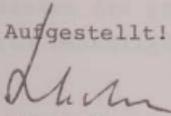
dargelegt, s  
zunehm in F  
vom 14.1.198  
jetzt vorlie  
Massnahmen.  
rung auf d  
soweit die S  
bei der bear  
gebiet ausse  
Händlungsge  
dies rechtl  
gestellt, da  
die kraft G  
nationalen V  
gesetzliche  
Behörden zu  
pflichten.  
Auch die Zu  
Bestimmunge  
örtlichen A  
Abs. 2 GG,  
waltungsger  
scheidungen  
des Gemeind  
Um auch den  
nicht als g  
sprechend d  
werden.  
aufgestellt  
Anrleiter  
für Amt 30  
Anrleiter  
für Amt 32

dargelegt, sonach abzulehnen gewesen wäre, ist der Antrag nunmehr in Form der in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 14.1.1985 vorgetragene Ergänzungen zulässig. Nach dem jetzt vorliegenden Inhalt des Antrages soll die Verwaltung Massnahmen, die der Aufrechterhaltung der Atomraketenstationierung auf dem Gebiet der Stadt Heilbronn dienen, unterlassen, soweit die Stadt hierzu nicht gesetzlich verpflichtet ist. Auch bei der beantragten Verhinderung von Raketenübungen im Stadtgebiet ausserhalb des ausgewiesenen Militärgeländes soll das Handlungsgebot an die Verwaltung nur gerichtet werden, soweit dies rechtlich zulässig ist. Mit dieser Ergänzung wird klar gestellt, dass die Verwaltung nicht aufgefordert wird, gegen die kraft Gesetzes innerstaatliches Recht gewordenen internationalen Verträge mit den NATO-Staaten oder gegen andere gesetzliche Bestimmungen zuwiderzuhandeln, welche die deutschen Behörden zu Leistungen an die Stationierungstreitkräfte verpflichten.

Auch die Zusatzanträge liegen im Rahmen dessen, was nach den Bestimmungen des Grundgesetzes und der Gemeindeordnung zu den örtlichen Angelegenheiten einer Gemeinde gehört (vgl. Art. 28 Abs. 2 GG, § 2 GemO). Sie unterliegen auch, wie der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in den angeführten Entscheidungen zum Ausdruck gebracht hat, der Befassungskompetenz des Gemeinderates (vgl. §§ 24, 34 Abs. 1 GemO).

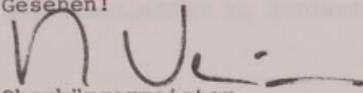
Um auch den Antrag des Gemeinderates der Grünen vom 18.10.1984 nicht als gesetzwidrig ansehen zu müssen, müsste dieser entsprechend den Anträgen der SPD-Gemeinderatsfraktion ergänzt werden.

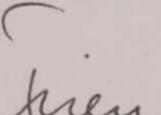
Aufgestellt!

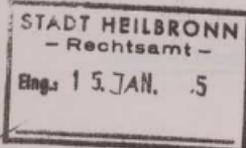
  
Amtsleiter  
für Amt 30

  
Amtsleiter  
für Amt 32

Gesehen!

  
Oberbürgermeister

  
Dezernent IV



Antrag Nr. 1 wird wie folgt ergänzt:

....., soweit die Stadt hierzu nicht gesetzlich verpflichtet ist. Verpflichtung ist in jedem Einzelfall sorgfältig zu prüfen. Verwaltung berichtet dem Gemeinderat jährlich über den Umfang Hilfsdienste für die Militäranlage Waldheide sowie über den durch entstandenen Kostenaufwand.

Antrag Nr. 2 wird wie folgt ergänzt:

in "alles" wird eingefügt: "rechtlich Zulässige", um.....

kann werden folgende Sätze ergänzt:

insbesondere wird die Verwaltung beauftragt, die zuständigen Stellen darauf hinzuweisen, daß Raketenübungen außerhalb der Waldheide unerwünscht sind, sobald sie von solchen Übungen erfährt.

Die Verwaltung wird außerdem beauftragt, mit der US-Army Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, daß die US-Army freiwillig auf Raketen Transporte und Transporte ähnlich gefährlicher Güter über die Waldsteige verzichtet.

weiterer Antrag Nr. 3:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Hinweis auf das Raketenunglück auf der Waldheide vom 11. Januar, bei den zuständigen Stellen (Adressaten des Gemeinderatsbeschlusses vom 19.7.1984) die unverzügliche Beseitigung der Atomraketen aus dem Stadtgebiet zu fordern.

AKTION